

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 141 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 11/2006 · VOM 10. NOVEMBER 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | »Löwenzahn brach
den Beton«
Nach der Bürgermeisterwahl

7 | Die Regierung
kritisch begleiten?
von der Demo am 21. Oktober

14 | Selbstbewußt und
kampfesmutig
185. Geburtstag von H. Kannegießer

»Abfallentsorgungszentrum« Theo Steil

Müllverbrennungspläne umfangreicher als bekannt

Um 80.000 Tonnen Müll zu verbrennen, müssen 160.000 Tonnen angeliefert und aufbereitet werden

Eberswalde (bbp). Die Gesamtgröße des von der Firma Theo Steil in Eberswalde geplanten Abfallentsorgungszentrums ist viel größer, als bisher in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Nach Informationen von Klaus Koch vom Umweltschutznetzwerk in Hamburg soll neben der Müllverbrennungsanlage auch eine Gewerbemüllaufbereitungsanlage gebaut werden. Zusätzlich, um diese beiden Anlagen mit Abfällen aus ganz Deutschland aus seinen Schrottplätzen beliefern zu können, plant die Fa. Steil den Ausbau des eigenen Hafens. Hier sollen Abfälle sowohl ent- als auch beladen werden können. Der Hafen ist in einer Größe nach EU-DIN-Norm geplant.

Es sollen also folgende Anlagen errichtet werden:

1. Hafenausbau für den Abfallumschlag aus weiteren Filialbetrieben der Firma Steil
2. Erweiterung des Betriebsgeländes durch eine zusätzlich geplante Gewerbeabfallaufbereitungsanlage überwiegend für Altfahrzeuge/Elektronikschrott
3. Bau einer Abfallverbrennungsanlage für 80.000 Tonnen (Shredderleichtfraktion)

Ein ganz wesentlicher Faktor der Planungen wurde bislang verschwiegen: Um 80.000 Tonnen heizwertreiche Abfälle für die Abfallverbrennungsanlage erzeugen zu können, muß insgesamt die doppelte Abfallmenge = 160.000 Tonnen angeliefert werden. Die restlichen, nicht brennbaren Abfälle müssen nach der Sortierung wieder transportiert werden. Dies alles bedeutet zusätzliche Lärm- und Staubemissionen, die u.a. durch die zusätzlich geplante Gewerbeabfallaufbereitungsanlage entstehen werden. »Wir haben es also hier«, so Koch, »mit einer



scheibchenweise vorgetragenen Planung für ein Abfallentsorgungszentrum zu tun. Ganz wichtig ist mir dabei zu erwähnen, daß wesentlich mehr Abfälle aus fremden Herkunftsgebieten angeliefert werden sollen, als öffentlich bekannt ist.« (Seite 3)

Straße in Eberswalde nach einem Nazi benannt

Eberswalde (bbp). Die lokale Tageszeitung berichtet in ihrer Ausgabe vom 26. Oktober 2006 unter der Überschrift »Ehrung für Rudolf Schmidt« von Plänen, einen Teil der jetzigen Straße »An der Friedensbrücke« nach dem Eberswalder Ortchronisten Rudolf Schmidt (1875 - 1943) zu benennen. Der städtische Ausschuß für Jugend, Kultur, Sport und Soziales stimmte auf seiner Sitzung am 24. Oktober für eine entsprechende Verwaltungsvorlage. Schmidt habe seit langem auf der Warteliste für eine Straßenbenennung gestanden, erklärte Verwaltungsmitarbeiterin Ines Schmidt. »Der Heimatforscher hat unheimlich viel für unsere Region getan«, wird die Leiterin des Museums Ramona Schönfelder zitiert. »Er war sehr kompetent und unglaublich fleißig. Es ist lange überfällig, daß ihm die Stadt mit einer Straße würdigt.«

Unerwähnt in der Ausschußdebatte blieb indes die Mitgliedschaft von Rudolf Schmidt in der NSdAP. Ein entsprechender ideologischer Einfluß spiegelt sich auch in Schmidts Hauptwerk »Die Geschichte Ebers-

waldes« wider, wie von Ludwig Arendt im Vorwort des Anfang der 90er Jahre erschienenen Nachdrucks erwähnt wird. Schmidts Verhalten während der Nazidiktatur wird dabei mit großer Nachsicht behandelt. Daß es auch kritischere Stimmen gibt, kann der Meinungsäußerung von H. Kliche entnommen werden (siehe Seite 2).

Unerwähnt blieb in der besagten Ausschußsitzung auch, daß Anfang der 90er Jahre die Namen von Antifaschisten radikal von den Straßenschildern verbannt wurden.

Die Umbenennung der Straße »An der Friedensbrücke« stand in den vergangenen Jahren bereits wiederholt auf der Tagesordnung. Besonders aktiv trat dabei die Fraktion der CDU in Erscheinung. Mit dem Bau des neuen Kreishauses im Zentrum Eberswaldes wurden diese Versuche forciert. Gerüchten zufolge wollen Landrat Ihrke und sein Stellvertreter Bockhardt vermeiden, daß das Wort »Frieden« auf dem künftigen Briefkopf der Kreisverwaltung erscheint.

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

AM 20.11., DEM TAG NACH DER WAHL, IN DER STEINSTRASSE. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Bürgermeisterwahl

Wie von den meisten erwartet, konnte im ersten Wahlgang keiner der sechs Kandidaten für das Eberswalder Bürgermeisteramt die für einen Wahlsieg nötige absolute Mehrheit erringen. Vier Kandidaten erreichten Stimmenanteile um die 20 Prozent. Das spricht für Vielfalt, Lebendigkeit und Reichtum an Ideen und alternativer Herangehensweisen. Während der eine beispielsweise eine »Materialschlacht« entfachte, die bisher runde 80.000 Euro gekostet haben soll, setzte ein anderer bewußt auf einen bescheidenen Wahlkampf und verzichtete sogar auf die obligatorischen Plakate an den Laternenmasten. Am Ende trennten beide nur wenige Prozentpunkte.

Wichtiger als Plakate und Parkuhren mit dem Bewerberkontier und nichtssagenden Losungen wird die Fähigkeit der Stichwahlkandidaten sein, die Wähler der unterlegenen Kandidaten mit überzeugenden Argumenten auf ihre Seite zu ziehen. Da spielt das persönliche Charisma eine Rolle und das Vermögen, wenigstens ein Teil der Ziele der Unterlegenen glaubhaft aufgreifen können.

Für den neuen Bürgermeister ist das eine erste Übung. Ohne eigene Mehrheit in der StVV wird er auch dort darauf angewiesen sein, mit überzeugenden Argumenten für die eigenen Ziele zu werben und zugleich die Ideen und Vorschläge der anderen aufzugreifen.

Das rücksichtslose Durchdrücken des einmal im Hinterzimmer Abgesprochenen gehört der Vergangenheit an. Der beschworene Neuanfang verlangt eine intensive und lebendige gesellschaftliche Kommunikation. Sonst würden nur die alten Konzepte und Leitbilder wieder aufgewärmt werden. Statt immer neue Fördermillionen in Beton umzusetzen, muß künftig das Vorhandene, einschließlich des in den letzten Jahren neu Entstandenen, erhalten, genutzt und mit Leben erfüllt werden. Die Investitionsfelder der Zukunft sind nicht neue Straßen und Steinlandschaften, sondern Bildung, Kultur, Sport und Freizeit. Dabei bleibt angesichts des großen Instandhaltungsbedarfs an Schulen, Kitas und auch Straßen selbst für die bislang vom »Fördermittelabstreifen« Profitierenden noch genug zu tun.

Verwaltungserfahrung allein reicht nicht, um die Handlungsfähigkeit der städtischen Verwaltung zu garantieren. Die dafür notwendigen Schritte, wie eine aufgabenorientierte Verwaltungsstrukturreform, eine leistungsorientierte Personalpolitik, die Korrektur von Klientelpolitik sowie die Behandlung der Sanierungsfälle Tierpark, Familiengarten und Technische Werke, setzen politische Entscheidungen voraus, die in breiter, transparenter und demokratischer Diskussion herbeigeführt werden.

Dafür ist es übrigens nicht nur notwendig, daß der künftige Bürgermeister die anderen mitnimmt – die anderen müssen sich auch mitnehmen lassen. Die Zukunft ist offen.

GERD MARKMANN, Stadtverordneter

Sorgsam mit Straßennamen umgehen

»An der Friedensbrücke« soll nach dem NSdAP-Mitglied Rudolf Schmidt benannt werden

Die lokale Tageszeitung berichtete am 26. Oktober unter der Überschrift »Ehrung für Rudolf Schmidt« über die Umbenennung eines Teiles der der jetzigen Straße »An der Friedensbrücke« nach dem Ortschronisten Rudolf Schmidt.

Das Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde hat sich mehr als zehn Jahre intensiv mit dem Thema Rüstungsindustrie und Zwangsarbeit im Raum Eberswalde sowie Police (Polen) beschäftigt. In den vielen deutschen, russischen und polnischen Archiven haben wir Einsicht über die nazistische Zwangsherrschaft gewinnen können. Uns ist sehr bewußt geworden, welcher Zusammenhang zwischen nazistischer Ideologie und Herrschaft über das eigene Volk sowie über die unterdrückten Völker bestanden hat.

Rudolf Schmidt hat gewiß als Heimatforscher Verdienste erworben. Wer sich etwas genauer mit R. Schmidt beschäftigt, findet jedoch Tatsachen, die einer Straßenbenennung zugunsten seines Namens entgegenstehen:

Rudolf Schmidt war Mitglied der NSDAP. Unter bestimmte Umstände könnte man über diese Tatsache hinwegsehen. Aber der Redakteur Rudolf Schmidt ist in keiner Weise gegen die faschistische Rassenlehre vorgegangen,

nicht einmal mit einem Versuch. Im Gegenteil. Als Herausgeber des »Oberbarnimer Kreislanders«, in dem viel nationalsozialistisches Gedankengut in Form von Gedichten und Liedern zu finden ist, hat er nationalsozialistisches Gedankengut verbreitet.

Der Wissenschaftler Rudolf Schmidt fungierte auf dem Gebiet der Familienforschung als einer der ersten sippengeschichtlichen Fachkritiker. Er galt als »geradezu ein Paradestück für alle sippenkundliche Geschichtsschreiber«. Er selbst schrieb: »Nachdem der Nationalsozialismus das deutsche Recht wieder zu einem artgemäßen gestaltet hat, kommt der rechtlichen Volkskunde eine erhöhte Bedeutung zu.« Damit verschrieb er sich der Rassenlehre von Hitler und verbreitete sie mit seinen Mitteln. Wozu das Ganze geführt hat, konnten die Warschauer KZ-Häftlinge, die kürzlich Eberswalde besuchten, mit ihren Aussagen bezeugen.

Wer sich davor verschließt, gibt heute jenen Kräften Vorschub, die vom deutschen Herrenmenschen nicht nur träumen.

Als Vertreter der Stadt Eberswalde und des Kreises Barnim fordern wir einen sorgsamen Umgang mit der Namensverleihung.

HOLGER KLICHE,

Geschichtswissenschaftliches Institut Eberswalde

Wir müssen uns zu unsren Grundschulen bekennen

Die derzeit vom Kreisbildungsdezernenten Jörg Mocek angestrebte Variante der Übernahme der Grundschule Mitte durch den Kreis hätte gravierende Auswirkungen auf die Schullandschaft und die Qualität der Grundschulbildung im Stadtbezirk Mitte. Trotz steigender Schülerzahlen im Einzugsgebiet der Europaschule Grundschule »Mitte« soll sie nach der Vorstellung des Landkreises auch zukünftig nur zweizügig betrieben werden. Das mit dem Schuljahr 2006/2007 nach vierjähriger Vorbereitungszeit und mit Unterstützung des staatlichen Schulamtes eingeführte FLEX-Modell müßte aufgegeben werden. Die in der Schulleitungsphase wichtige individuelle und zum Teil sonderpädagogische Förderung der Kinder steht damit auf dem Spiel.

Infolge der Beschränkung der Schülerzahl in der Grundschule Mitte müßte der Schulbezirk der »Bruno H. Bürgel«-Grundschule vergrößert werden. Aufgrund wachsender Schülerzahlen muß dort bereits ab Schuljahresende 2007/2008 der Hortbetrieb eingestellt werden. Kom-

men noch mehr Schüler hinzu, können die das Profil der Schule prägenden Sprachklassen an diesem Standort nicht weitergeführt werden.

Gegen eine enge Kooperation von Ober- und Grundschule am Standort Mitte ist nichts einzuwenden. Dabei sollten beide Schulen jedoch gleichberechtigte Partner sein. Die Grundschule Mitte muß die Möglichkeit haben, ihr Profil beizubehalten und die dazu notwendigen Räume weiter nutzen zu können. Auch die Sprachklassen an der Bürgel-Schule sollten bestehen bleiben können.

Die Sicherung der qualitativ anspruchsvollen Schulbildung der Kinder muß der Prüfstein für die Schulentwicklungsplanung sein! Das ist gegenwärtig nur zu erreichen, wenn sich die Stadt Eberswalde eindeutig zu ihren fünf Grundschulstandorten mit ihren inhaltlichen Angeboten bekennet.

KAREN OEHLER,

Ortsbürgermeisterin in Eberswalde-Mitte und Mitglied im Ausschuß für Schule und Kita

Gentechnik, Waldbewirtschaftung und Müllverbrennung

Eberswalde (cr). Die nächste Beratung der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS findet Freitag, den 10. November, um 17.30 Uhr im »Café am Weidendamm« statt. Neben einer Initiative für die Stadtraktion zur inhaltlichen Ausgestaltung des StVV-Beschlusses zur »Gentechnikfrei-

en Kommune« soll über den Fortgang der Diskussionen zur Waldbewirtschaftung in Eberswalde diskutiert werden. Aus aktuellem Anlaß wurde die vorläufige Tagesordnung um den Punkt »Müllverbrennungsanlage in Eberswalde« erweitert.

(Theo)-Steil-Vorlage für Selbsttor Widerstand ist nötig

Eberswalde (at). Eberswalde – eine Stadt der Touristik, für Gesundheit und Wellness. Das ist eine Perspektive für Eberswalde, die alle begrüßen und unterstützen. Darin waren sich auch die Bürgermeisterkandidaten einig. Aber gerade deshalb mußten sie sich bei der Podiumsdiskussion in Finow am 18.10. fragen lassen, wie sich solche Ziele mit der Errichtung einer Abfallverbrennungsanlage der Firma Theo Steil auf ihrem Betriebsgelände am Oder-Havel-Kanal vereinbaren lassen.

Nur die Kandidaten Oehler und Schulz hatten mit eindeutiger Ablehnung eines solchen Vorhabens reagiert. Die aktuellen Aussagen der Stichwahlkandidaten lassen nicht erwarten, daß sie sich vielleicht der wachsenden Protestbewegung gegen die Dreckschleuder anschließen werden.

Die Stadtverwaltung beweist ein weiteres Mal, daß sie unfähig ist, auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bürger in deren Interesse zu

reagieren. Sie schlägt nicht Alarm und stellt sich nicht schützend vor die Bürger. Nein, für sie handelt es sich um einen ganz normalen Vorgang der laufenden Verwaltung, wie den Antworten auf entsprechende Frage in der StVV am 26. Oktober zu entnehmen war. Sie hat schon vor Monaten eine Stellungnahme zur Vorplanung abgegeben, ohne zuvor die Stadtverordnetenversammlung zu befragen. Mit der Zustimmung zu den Plänen von Steil schießt sich die Stadt für ihre eigene Entwicklung ein Selbsttor.

Sofortiger Widerstand der Bürger ist notwendig, wenn die Pläne noch verhindert werden sollen. Nach erfolgter öffentlicher Auslage der Planungsunterlagen zur Bürgerbeteiligung ist es erfahrungsgemäß oft schon zu spät. Deshalb organisieren sich die Bürger in Bürgerinitiativen gegen Steil-Pläne. Unterschriften-sammlungen haben bereits begonnen. Im Textentwurf der Unterschriftenliste heißt es:

»Hiermit protestiere ich gegen das in Eberswalde am Oder-Havel-Kanal geplante Abfallentsorgungszentrum der Fa. Theo Steil mit meiner Unterschrift!

Von der Fa. Steil ist geplant, aus seinen Zweigstellen der gesamten Bundesrepublik KFZ-Alt-fahrzeuge, belastete Althölzer, Alikunststoffe sowie Elektroschrott per Schiff und per LKW zum Standort Eberswalde zu transportieren. Die Fa. Steil hat sich den Bau eines eigenen Hafens in Eberswalde genehmigen lassen, in dem sowohl Abfälle be- als auch entladen werden können. In einer ebenfalls geplanten zusätzlichen Abfallaufbereitungsanlage sollen weitere Altautos und besonders überwachungsbedürftige Gewerbeabfälle aufbereitet werden. Anschließend sollen diese Abfälle in der geplanten EVA, der Energetischen Verwertungs-Anlage in Eberswalde verbrannt werden. Um 80.000 Tonnen pro Jahr heizwertreiche Abfälle zur Verbrennung zu erzeugen, muß ein Vielfaches der Abfallmenge zur erweiterten Abfallentsorgungsanlage nach Eberswalde transportiert und separiert werden!!!

Bürger wacht auf: in Eberswalde ist eine MVA + Abfallentsorgungszentrum für belastete Abfälle geplant!

*Dies bedeutet für uns: noch mehr Lärm, der mitunter jetzt schon unerträglich ist – noch mehr Feinstäube durch den jetzigen und den zusätzlichen Shredderbetrieb einer weiteren Abfallaufbereitungsanlage. Diese Abfälle, darunter die mit Schwermetallen und PVC-haltigen Kunststoffen durchsetzte Shredderleicht-fraktion sollen dann in einer Müllverbrennungsanlage, die verharmlosend als EVA-Anlage bezeichnet wird, verbrannt werden. Es kommt noch schlimmer: statt einer Filteranlage, die dem aktuellen Stand der bestverfügbaren Technik mit mehreren Stufen entspricht, soll eine minderwertige Billigversion gebaut werden, die gerade so die Grenzwerte einhält, aber keine Vorsorgewerte erreicht, wie dies in anderen Regionen der BRD längst umgesetzt wurde (s. u. a. MVA-Bielefeld) Dadurch ist unsere Gesundheit, unser Hab und Gut, sowie die Wohn- u. Lebensqualität für die Bevölkerung in der Umgebung dieses geplanten Abfallentsorgungszentrum in einem unerträglichem Maße gefährdet! **Wir sagen Nein zu diesen Plänen!!!**«*

Bockhardt kritisiert Stadtverwaltung

Eberswalde (bbp). Im Zusammenhang mit dem geplanten Bau einer Müllverbrennungsanlage in Eberswalde hat Vizelandrat Carsten Bockhardt die Stadtverwaltung Eberswalde für ihr Nichterscheinen beim sogenannten Scoping-Termin und die mangelnde Information der Einwohner heftig kritisiert haben. Der Stadtverwaltung fehle das »Fingerspitzengefühl für diese wichtige Frage«, ließ Bockhardt, der zugleich für das Amt des Eberswalder Bürgermeisters kandidiert, der lokalen Tageszeitung wissen. Die Sorgen der Anwohner müßten ernst genommen werden.

Verwunderlich sei, meinten daraufhin Vertreter der Barnimer Bündnisgrünen, daß die Kreisverwaltung selbst der Einladung zum Scoping-Termin nicht gefolgt sei, obwohl dies im Zuständigkeitsbereich des Vizelandrats liege.

Erst nach Bekanntwerden der öffentlichen Proteste hat die Kreisverwaltung Barnim zur Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft (A5) des Kreistages am 7. November (nach Redaktionsschluß) eine Information über Konzeption und Genehmigungsstand der geplanten Müllverbrennungsanlage in Eberswalde gegeben.

In der gleichen Zeit, in der viele Akteure von Eberswalde um ein zukunftsfähiges Leitbild ihrer Stadt ringen und die Wahl eines Bürgermeisters von vielen anderen Aktivitäten ablegt, braut sich am Rande der Stadt eine Gefahr für die weitere Lebenswerte und tourismusfreundliche Stadt Eberswalde zusammen – das Ansinnen der Recycling-Firma Theo Steil in direkter Nachbarschaft zu den Wohnsiedlungen von Lichterfelde eine Müllverbrennungsanlage zu bauen. Nicht in Trier, wo der Mutterbetrieb zu finden ist, sondern hier, am Rande des Biosphärenreservats Schorfheide, der Finowkanalzone und des Werbelinsees. Wenn Deutschland im Müll ersticken würde und das Land in Verantwortung kommender Generationen sich darum Gedanken machen müßte, daß nicht umweltgefährdende Müllberge die Zukunft gefährden. Aber NEIN, reine Profitmaximierung ist das Ziel. Anders läßt sich dieses Ansinnen nicht einordnen, wenn man weiß, daß es reichlich Müllverbrennungsanlagen in Deutschland gibt, die um ihre Auslastung sprich Wirtschaftlichkeit kämpfen.

Diese Verbrennungsanlage wird nicht gebraucht und gehört schon gar nicht an den Rand eines der schutzbedürftigsten Großschutzgebiete unseres Landes. Widerstand hat sich bereits in Lichterfelde formiert und sie brauchen die Unterstützung auch der Eberswalderinnen und Eberswalder. Eine erste Beratung wird am 15. November um 18 Uhr im Evangelischen Gemeindezentrum im Brandenburger Viertel stattfinden. Bitte unterstützen Sie, wie auch die Linkspartei.PDS, diesen Kampf gegen eine unnötige »Dreckschleuder« am Rande unserer Stadt und beteiligen sich an diesen Protesten.

MARGITTA MÄCHTIG, MdL

Antworten von Baudezernent Dr. Gunther Präger auf Fragen der Stadtverordneten Karen Oehler im Ausschuß Bau, Planung, Umwelt:

Weshalb wurde im Ausschuß nicht über die geplante Errichtung der Müllverbrennungsanlage informiert? Wer erteilt das gemeindliche Einvernehmen, wird ein StVV-Beschluß herbeigeführt oder entscheidet die Verwaltung?

Die Behördenbeteiligung der Stadt Eberswalde wird im Rahmen der Angelegenheiten der laufenden Verwaltung durchgeführt.

Hat die Stadt Eberswalde am Scoping-Termin teilgenommen?

Nein, die Stadt hat nicht am Scoping-Termin teilgenommen. Sie hat die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme genutzt.

Hat die Kommune Eberswalde zum Scoping-Termin Zuarbeiten geleistet, wie z.B. zur Erweiterung des Untersuchungsraumes, der Filtertechnik bzw. des Verkehrs?

Nein, wir haben den Termin nicht wahrgenommen. Ich gehe davon aus, daß das Landesumweltamt von sachkundigen Mitarbeitern besetzt ist. Die Stadt wird am Verfahren beteiligt und wird diese Maßnahme begleiten.

Panne im Rathaus

Eberswalde (bbp). Gebannt starteten die Gäste, die am Abend des 29. Oktobers im Rathaus aus erster Hand die Ergebnisse der Bürgermeisterwahl erfahren wollten, eine gute Stunde lang auf eine leere Projektionswand. Das Computerprogramm mittels dem die laufend eingehenden Schnellmeldungen aus den Wahllokalen der gespannten Schar im Rathausfoyer präsentiert werden sollten war nach gut 20 Minuten abgestürzt. Da waren 13 Wahllokale von 38 ausgezählt und der Kandidat des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde Hartwin Schulz stand mit mehr als 25 % auf Platz eins vor dem späteren Wahlsieger Friedhelm Boginski. Als gegen 19.30 Uhr die Technik wieder funktionierte, war Schulz auf Platz drei abgerechnet, hatte also die Stichwahl verpaßt.

Vermutungen, der Computerabsturz könnte im Zusammenhang mit angezeigten Verstößen gegen die Wahlordnung im Wahlbezirk 2 stehen (Seite 12/13), tritt Wahlleiter Uwe Birk vehement entgegen. Die Computerpräsentation im Rathaus habe in keinem Zusammenhang mit der amtlichen Auszählung gestanden. Sie sollte einzig der schnellen Information der im Rathausfoyer erschienenen Gäste dienen. Die in das Computerprogramm eingetragenen Wahlergebnisse seien aus den Wahllokalen per Telefon übermittelt worden. Allein dies, so Birk, weise auf den rein informellen Charakter.

Der Absturz des Programms sei erfolgt, als aufgrund eines Hinweises einer Vertreterin des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde der Zusatz »Einzelbewerber« beim Namen von Hartwin Schulz durch »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« ersetzt werden sollte. Zwar funktionierte das Programm nach dem Computerneustart schnell wieder – allerdings fehlten nun die Daten der ersten Wahlkreise, die vom Telefon direkt in den Computer eingetragen worden waren, ohne daß eine schriftliche Dokumentation erfolgte. Der Rückruf in den Wahllokalen blieb vergebens, weil die Wahlvorstände nach erfolgter Auszählung bereits mit den Wahlunterlagen unterwegs zum Rathaus waren. So dauerte es eine gute Stunde bis alle Daten wieder im Präsentationssystem eingegeben waren. Gegen 19.30 Uhr erfolgte dann gleich die Bekanntgabe des vorläufigen Endergebnisses. Uwe Birk versicherte, daß für den Wahltermin am 19. November entsprechende Lehren gezogen wurden. Insbesondere werde man darauf achten, die telefonisch übermittelten Wahlergebnisse zunächst schriftlich zu dokumentieren.

Bürgermeisterwahl 2006, 1. Wahlgang:		
Wahlbeteiligung	12.912 Stimmen	(36,3 %)
Wahlergebnis:		
Engel/SPD	2.319 Stimmen	(18,1 %)
Hartwig/PDS	1.342 Stimmen	(10,5 %)
Bockhardt/CDU	3.001 Stimmen	(23,5 %)
Boginski/FDP	3.104 Stimmen	(24,3 %)
Oehler/B90,Grüne	632 Stimmen	(4,9 %)
Schulz/Bündnis	2.391 Stimmen	(18,7 %)

»Eine Wahl ohne Sieger«

Viele behaupten, wir sind oder ich bin der Sieger der Wahl vom 29. Oktober.

Ich kann keine Sieger sehen, auch mich selbst sehe ich nicht so.

Im Gegenteil, wir alle haben verloren, haben die Wähler verloren, haben die Bürger verloren, die sich für ihre Stadt nicht mehr zu interessieren scheinen. 64 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger haben durch ihre Nichtwahl demonstriert, wir wollen uns nicht an der weiteren Entwicklung beteiligen. Bei sechs Kandidaten/in mit unterschiedlichen Aussagen war eine breite Wahl möglich, die nicht genutzt wurde.

Verloren haben die Parteien, die über Jahre die Entwicklung in unserer Stadt geprägt haben. Verloren haben auch einzelne Stadtteile, wie z.B. das Brandenburgische Viertel. Wenn von 6081 Wählern nur 1647 zur Abstimmung gegangen sind, ist das erschreckend wenig. Und wenn dann jemand, der gerade einmal 678 von den 6081 Stimmen bekommen hat, sagt, meine Themen waren entscheidend für

dieses Viertel, dann stimmt nicht nur die Mathematik nicht.

Jetzt können wir nur hoffen, daß bei der Stichwahl am 19. November 2006 Eberswalde gewinnt, in dem sich die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger selbst einen Bürgermeister wählen. Nur ein vom Wahlvolk gewählter Bürgermeister ist in der Lage unsere Stadt in den nächsten acht Jahren zu lenken.

Alle anderen Optionen, wie die Wahl durch die Stadtverordnetenversammlung, sind ein nicht zu reparierender Schaden für unsere Stadt.

Also Leute – geht wählen!

Ihr FRIEDHELM BOGINSKI



Wahlkampf mit schweren Geschützen

Im Wahlkampf zur Bürgermeisterwahl in Eberswalde wurden von den großen Parteien schwere Geschütze aufgeföhren. Der eine Kandidat mit einem ca. 80.000 Eurogeschütz, der andere Kandidat mit hochkarätigen Politikergeschützen oder ausgedienten Politikerhaubitzen, die unser Bundesland und sogar Teile Deutschlands ruiniert hat. Hier kann man deutlich erkennen, daß beide den Kampf mit »Waffen« der eine mehr, der andere weniger verloren hat. Man sieht auch deutlich, daß Geld nach wie vor die Welt regiert. Der Christdemokrat spricht vom Sparen und leeren Stadtkassen und »schießt« gleichzeitig mit Geld für seinen Wahlkampf nur so um sich und hat offensichtlich sein Ziel noch nicht verfehlt. Der Sozialdemokrat wird ins Rennen geschickt und wie eine Marionette von seinen jungen, aufstrebenden »Parteisoldaten« geführt. Die Bevölkerung der Stadt amüsiert sich heute noch über soviel Eifer und demokratisches (Miß-)Verständnis dieser beiden Politiker und deren Mitstreiter. Ein Ziel haben beide mit einer hohen Trefferquote bekämpft. Die Antifilz- und Beziehungsbildung. Der Christdemokrat baute und baut immer noch auf seine langjährige Verwaltungstätigkeit und die dadurch entstandenen Kontakte zu großen Wirtschaftsgrößen und der Sozialdemokrat schwor auf seine Freundschaft und damit verbundenen kurzen Wege zum derzeitigen Ministerpräsidenten unseres Landes. Kontakte die wem »nutzen und Wege die für wen kurz sind?

Das ist genau das, was die Bürger dieser Stadt nicht mehr wollen oder nicht in diesem Umfang. Der Marionettensozialdemokrat und

seine Parteisoldaten haben sogar ihre Beziehungen zur hiesigen Polizei gezeigt, in dem man die Beamten aufforderte mit »Kanonen« auf Spatzen zu schießen, d.h. man wollte einfach Bürgern, die ihren Unmut über die derzeitige Politik in unserer Stadt und in unserem Land kund tun wollten, die Meinung untersagen und des Veranstaltungsortes verweisen. Dann schritten die sozialdemokratischen Junggardisten beherzt ein und wiesen darauf hin, daß in unserem Land doch Meinungsfreiheit herrscht. Aber der parteieigene, regionale Fernsehsender und die parteilastige Tageszeitung der Stadt werden es schon richten. Und so kam es dann ja auch, alles war wieder toll, ja es gab ein paar kritische Stimmen, aber nicht wild, dann wird einfach der Fernsehbeitrag gekürzt und die Artikel korrigiert, so daß es wieder paßt. Denn es gibt ja auch die Pressefreiheit.

Die Wahlkampfveranstaltung ging im Protest der Bürger unter. Auch Geld hat nicht wirklich gewonnen. Nun kämpft der Christdemokrat weiter mit seinem Eurogeschütz und predigt weiter von leeren Stadtkassen sowie vom Sparen und der Sozialdemokrat hat sein Gefecht mit den Politikergeschützen- und -haubitzen verloren. Wobei für ihn und seine Parteisoldaten die Niederlage gegen eine demokratische Bewegung viel schlimmer war, als die Niederlage gegen das Eurogeschütz!

Kurt Tucholsky hat einmal gesagt: »Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin.« Ich sage: »Stell dir vor, es ist Wahlkampf und keiner kämpft mit und es ist Stichwahl und keiner geht hin.«

RENÉ GLOEDE

Löwenzahn brach Beton

von Jürgen Mortzfeld

**Die Schlacht ist geschlagen, der Pulverdampf verzogen. Rot-Rote Wunden werden gel-
eckt, eine selbsternannte Regionalgröße ist auf Playmobil-Format zurechtgestutzt.
Zeit für eine Nabelschau. Gelegenheit, die Truppen in Sieger und Verlierer zu ordnen.**

Die größten Verlierer hatten einen Kandidaten ins Rennen geschickt, dessen Name allein schon Irreführung war: Engel – ein Name, mit dem man grundsätzlich und eigentlich etwas Himmlisches verbindet. Thomas Engel, der pünktlich zum Wahlkampf um das Bürgermeister-Amt schnell mal die Vision von der Solar-Energie parat hatte und diese dem großen Matthias Platzeck vor den unanständig einseitig surrenden Kameras vom Eberswalde TV erläuterte. Das sollte schließlich nicht unbelohnt bleiben: Platzeck versprach auf dem einstmals wirklich schönen Eberswalder Marktplatz: »Unser Thomas, der wird bei uns im Amt immer gleich durchgeführt. Das wird für Eberswalde Türen öffnen!«

Wir wissen nicht, wie das jüngste Telefonat des traurigen Thomas mit dem Ministerpräsidenten (»Wir sind die Brandenburg-Partei«) verlaufen ist. Aber wir fürchten, daß es kaum rot-käppchen-fröhlich ausfiel: »Du Matthes, ich hab nicht gewonnen. Auch Zweiter war ich nicht. Und am Ende sind dann sogar noch irgendwelche Bürgerinitiativen oder sowas ähnliches an mir vorbeigerauscht!« Der große, bekannte Platzeck, der wo doch unser aller Ministerpräsident ist, KÖNNTE entnervt aufgelegt haben... Glücklicherweise das Brandenburgische Land, das keine Helden nötig hat – hätte Brecht gesagt.

Der zweite große Verlierer ist das Eberswalder Bürgertum. Als wollte sich das Volk das Vertrauen der Regierenden nicht verscherzen (erneut der Bertholt) wählten die Leute das konservative Establishment. CDU, SPD und FDP vereinigten 65,9 % der Wähler auf sich. Wähler, die eben erst einen tiefen Blick in den Sumpf von verschwundenen Geldern werfen durften, ignorierten die Zeiten des Vertuschens und Aussitzens. Wähler, die den Vertuschern und Aussitzern fast eine rechnerische Zweidrittel-Mehrheit bescherten. Wähler, die trotz oder viel mehr WEGEN einer CDU/FDP-Stichwahl die Verlierer sind.

Der dritte große Verlierer ist die Solidarität unter den Herausforderern. Hätte die PDS doch nur der Versuchung widerstanden, einen Linken aus dem nordrhein-westfälischen Exil zu berufen. Der Versuchung widerstanden, einen Kandidaten aus dem Hut zu zaubern, statt sich mit dem Bündnis zu solidarisieren. Die Erkenntnis der PDS kommt zu spät, ist aber immerhin auf ihrer Internetseite inzwischen klar und deutlich vermerkt: »Wahr ist, wenn sich die linken Kräfte nicht einig sind, gewinnt das konservative Lager der Gesellschaft. Dies gilt im Großen wie im Kleinen. Gemeinsam haben die Vertreter des sozialen Angebotes in Eberswalde bei der Wahl 3733 Stimmen, das sind 29,2 Prozent, erreicht.

Das wäre das beste Ergebnis der Wahl gewesen. Daß es nicht möglich war, diese Stimmen zu bündeln, lag sicher nicht an den Kandidaten, sondern am unterschiedlichen Agieren von Mitgliedern der Linkspartei in Vorbereitung und während des Wahlkampfes. Das ist bedauerlich, zeigt aber auch die große Verantwortung der Linken, in Zukunft stärker nach ihren Gemeinsamkeiten zu suchen und diese zu definieren um gemeinsam im Interesse der Bürgerinnen und Bürger handeln zu können.«

Ok, auch das hatte Brecht vorausgesehen: »Wer a sagt, der muß nicht b sagen. Er kann auch erkennen, daß a falsch war ...«

Kommen wir also zu den Siegern, und da kann es nur einen geben: Das Bündnis. Wer von Null auf Drei vorstürmt. Wer aus dem Stand 18,7 % erreicht. Wer den auf allen Plakaten selbstsicher lächelnden Superkandidaten düpiert. Und wer das alles trotz aller Ignoranz und Voreingenommenheit der Medien erreicht. Ja, der darf sich Sieger nennen. Fragen wir ein letztes Mal Brecht: »Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein.«

Wie also umgehen mit dem hart erarbeiteten, dem verdienten Erfolg? Da die Schmach üblicherweise wenig Väter hat, der Sieg bekanntlich viele, werden sich jetzt etliche Analysten zu Wort melden. Vielleicht überlegte Worte wählen. Oder sich sogar zu unüberlegten Reflexhandlungen hinreißen lassen. Die am wenigsten überlegte Handlung wäre sicherlich die Ankündigung einer politischen Verweigerung. Insbesondere deshalb weil sie gerade erstrittenes Terrain wieder hergibt.

Stellen wir fest: 18,7% aller Wähler haben dem Bündnis ihre Stimme gegeben. 2391 engagierte Menschen erhoffen sich davon, daß etwas geschieht. Daß es vorangeht. Daß ihr Lebensraum gestaltet wird. Daß sie mitsprechen können am Tisch der Großen. Daß sie wahrgenommen werden im Konzert der Übermächtigen. Daß sie ein gerechtes und lebenswertes Leben erfahren. Das erwarten 2391 engagierte Menschen. Ihnen muß man zeigen, daß der in der Wahl erstrittene Handlungsspielraum das Wort »Handeln« bereits beinhaltet.

Eine Verweigerung, ein politischer Boykott – das schlägt den Umworbenen ihr Pfund gleich wieder aus der Hand. Verweigerer werden als das wahrgenommen, was sie sind: Verweigerer.

Die Situation nach der Wahl aber ist eine vielversprechende. Ein Bündnis, das im Vorfeld von der Öffentlichkeit nur schwerlich wahrgenommen wurde, ist plötzlich gefragt. Erste Gesprächsangebote der Finalisten sind unterbreitet – man wirbt um die Braut. Und die muß sich jetzt so teuer wie möglich machen. Mit Haaren auf den Zähnen.

Wahlboykott hilft keinem

Die eigentliche Nachricht der Bürgermeisterwahl in Eberswalde ist: 22.622 Wählerinnen und Wähler entschieden, Eberswalde kommt auch ohne Bürgermeister zurecht. Das heißt aber auch, 63,7 Prozent wollten trotz eines breiten unterschiedlichen Politikangebotes nicht mitbestimmen, welcher Politiker ins Eberswalder Rathaus einzieht. Ist es ihnen schlicht egal? Glauben sie, daß keiner der Kandidaten die Probleme der Stadt lösen kann? Dann haben sie Recht! Das kann kein Bürgermeister allein! Dazu bedarf es einer engagierten Verwaltung und engagierter Bürgerinnen und Bürger, die gemeinsam mit Politik und Verwaltung das Leben in ihrer Stadt gestalten wollen. Es bedarf eines tatsächlichen Wir-Gefühls! Denn wir leben in dieser Stadt, wir wollen in dieser Stadt arbeiten und wir wollen in dieser Stadt ein Miteinander, ohne falsche Urteile und was noch schlimmer ist – ohne Vorurteile!

Wem nutzt es, Parteien zu unterstellen, sie haben keine Lösungen, wenn sich Politik in der Gesellschaft über Parteien definiert? Wem nützt der pauschale Rundumschlag, wenn nicht machbare Alternativen auf den Tisch gelegt werden, die auch durch Mehrheiten – egal welcher Parteien und Vereinigungen – mitgetragen werden? Weil, wie heißt es so schön: Eine Theorie ist nur dann etwas wert, wenn sie die Massen ergreift! Nein – ein Gegeneinander schadet der Stadt, ihren Bürgerinnen und Bürgern und nutzt lediglich Populisten jedweder Art, ohne Veränderungen bewirken zu können! Eine erste und notwendige Veränderung ist, daß Eberswalderinnen und Eberswalder ihr Wahlrecht zur persönlichen Wahlpflicht machen, daß sie es nicht 36 Stadtverordneten überlassen, wer die Stadt regiert. 35.535 Eberswalderinnen und Eberswalde haben das Recht zu entscheiden: Sie müssen es nutzen.

MARGITTA MÄCHTIG, MdL

Lesenacht in der Schule

In Eberswalde beschlossen zwei dritte Klassen der Westend-Grundschule, am 3. November 2006 mit Schlafsack, Zahnbürste und Taschenlampe freiwillig in ihrer Schule zu übernachten. Zu dieser aufregenden Lesenacht war nämlich extra eine echte Autorin eingeladen worden, welche den Kindern aus ihrem neuen Buch »Tom Tohu oder wie mein Schutzengel fliegen lernte« vorlas. Die Neuruppiner Autorin Susanne Bünger war auch ideal auf diese Situation vorbereitet, denn erstens handelt das im PS VERLAG erschienene Büchlein genau von so einer Lesenacht und zweitens kann sie sprachlich perfekt wie eine Nachrichtensprecherin vorlesen! In der großen Aula lauschte daher eine volle Stunde lang mucksmäuschenstill das kleine Publikum. Die Westend-Grundschule bewies mit dieser Lesenacht Mut zur Eigeninitiative und hat ihren Schülern wohl kräftig Lust auf weitere Kulturveranstaltungen vermittelt.

PETER SPANGENBERG

Ein Akt der Barbarei

StVV beschloß weiteren »Stadtumbau«

Das »Integrierte programmübergreifende Stadtentwicklungskonzept« für das Brandenburgische Viertel vermittelt auf den ersten Blick: Hier wird was für das Viertel getan. Fördermittel fließen reichlich. Die Bürger können sich engagieren – und tun es auch.

Und es ist ja tatsächlich so – die Millionen, die in den vergangenen Jahren in das Viertel geflossen sind, tragen Früchte. Der »Max-Reimann-Wohnkomplex« hat sich von einer Schlafstadt mit viel Fluktuation zu einem lebenswerten Kiez entwickelt. Die meisten Einwohner identifizieren sich mit ihrem Viertel.

In dem vorliegenden Konzept steht ein wichtiger Satz: Wer in dem Viertel leben möchte, braucht auch eine langfristige Bleibe-Perspektive! Die Projekte, die im Teil »Soziale Stadt« vorgeschlagen werden, tragen dem Rechnung.

Völlig konträr wirken demgegenüber Beschlüsse und Vorhaben der jüngsten Zeit, wie die erfolgte Schließung der Kita »Spatzennest« und die beabsichtigte Schließung der »Albert-Einstein-Oberschule«. Hier wird das, was wir mit den Händen aufbauen, mit dem Hintern wieder eingerissen.

Konträr zum Konzept der »Sozialen Stadt« ist auch die Fortschreibung des sogenannten »Stadtumbaukonzeptes«. Im Unterschied zum Konzept der »Sozialen Stadt« bezieht sich der Bestandteil »Stadtumbau« nicht auf die Menschen. Im Mittelpunkt stehen hier die Interessen von Grundstücksmaklern und Immobilienbesitzern, die Probleme haben, die vorhandenen Wohnungen profitabel zu verwerten.

Plötzlich dominiert betriebswirtschaftliches Denken in primitivster Form. Um die Mietpreise stabil zu halten, soll das Wohnungsangebot verknappert werden. Sprich: Wohnungen werden abgerissen. Der Bund stellt dafür sogar Fördermittel zur Verfügung.

Wohnungsabriß ist ein Akt der Barbarei! Dafür auch noch Fördermittel zu verwenden – das ist einfach nur pervers.

Das vorliegende Stadtabrißprogramm dient einzig den Interessen jener, die von hohen Mieten und steigenden Immobilienpreisen profitieren. Das dürfte nicht die Mehrheit der Eberswalderinnen und Eberswalder sein. Mögliche Alternativen, wie die Vergrößerung der Wohnungen – dafür gibt es Bedarf – oder ein Teilrückbau von Gebäuden, spielen keine Rolle. In dem vorliegenden Konzept werden Teilkonzepte miteinander verwoben, die sich – schaut man genauer hin – ausschließen.

Ich beantrage daher eine getrennte Abstimmung der Bausteine 1 (Fortschreibung Stadtabriß) und 2 (Fortschreibung »Soziale Stadt«).

GERD MARKMANN, Stadtverordneter
(nach der Wortmeldung auf der StVV am 26.10.)

Bemerkung: Der Antrag, getrennt abzustimmen, wurde bei 11 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen von 19 Stadtverordneten abgelehnt. Das »Integrierte Stadtentwicklungskonzept« fand schließlich bei zwei Gegenstimmen (Markmann/PDS, und Grzialeski/SPD) sowie drei Enthaltungen eine satte Mehrheit.

Abgabe der weiterführenden Schulen

Eberswalde (bbp). Fast ein Jahr ist es her, daß die Eberswalder Stadtverordneten nach heftiger Diskussion und angesichts eines stark defizitären Haushalts die Abgabe der weiterführenden Schulen der Stadt an den Landkreis beschlossen. Der öffentlich-rechtliche Vertrag, in dem die Modalitäten der Übergabe vereinbart werden, wird den Stadtverordneten voraussichtlich am 30. November zur Beschlußfassung vorgelegt. Die Fraktion der Linkspartei. PDS in der StVV Eberswalde richtet in diesem Zusammenhang zur nächsten StVV-Sitzung folgende Anfrage an die Stadtverwaltung:

Im Beschluß der StVV vom 14.12.2005 zur Abgabe der weiterführenden Schulen wurde im Punkt 2 die Stadtverwaltung beauftragt, die vom Ausschuß für Schule und Kindertagesstätten am 22.11.2005 empfohlene Standortvariante für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen dem Landkreis Barnim zu über-

mitteln. Die Verhandlungen mit dem Landkreis sollten mit dem Ziel geführt werden, daß die vom Ausschuß empfohlene Standortvariante Aufnahme im Schulentwicklungsplan des Landkreises Barnim findet.

Hierzu bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Anstrengungen hat die Stadtverwaltung im einzelnen unternommen, um das vorgegebene Ziel zu erreichen, die empfohlene Standortvariante in den Schulentwicklungsplan des Landkreises Barnim einzubringen?

2. Inwieweit und in welcher Form konnte der Auftrag der Stadtverordnetenversammlung durch die Stadtverwaltung umgesetzt werden?

3. Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus einer Nichtumsetzung des StVV-Beschlusses vom 14.12.2005 zur Abgabe der weiterführenden Schulen Punkt 2 für die Wirksamkeit von Punkt 1 des genannten Beschlusses?

Demokratie wird in Eberswalde klein geschrieben

Ich stelle fest, daß einige Stadtpolitiker in Eberswalde demokratisch sein möchten und das den Bürgern dieser Stadt immer wieder glaubhaft versichern wollen. Insbesondere versuchen das, mit allen Mittel viele Verordnete der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde. Sie berufen sich darauf, daß sie ja von uns, den Bürgern demokratisch gewählt worden sind. Auf diese Aussage stützen sie dann ihr ganzes politisches Fundament.

Das Vertrauen wurde mißbraucht, das Vertrauen, das die Bürger in verschiedene gewählte Stadtverordnete und deren Parteien gesetzt haben. Was man als Bürger dieser Stadt ertragen muß, spottet jeder Beschreibung. Es gibt Verträge die einfach unterschrieben werden, aus einer sogenannten Laune heraus, diese Politiker nennen es dann Beamtenpflicht. Warden die demokratisch gewählten Verordneten dazu be- oder gefragt; nein! Das heißt die Bürger und ihre Interessen werden und wurden gar nicht berücksichtigt oder einfach ignoriert.

Aber das ist in dieser Stadtverordnetenversammlung gang und gebe. Verschiedene Parteien »fallen« für ihr eigenes Fortkommen einfach um, werfen ihre eigenen Ideale und Werte über Bord. Demokratie heißt dann: »Ich will weiterkommen ohne Rücksicht auf Verluste«. Sich dann auch noch Bürgerfraktion oder sozialdemokratisch zu nennen ist nicht nur merkwürdig, sondern auch ein Schlag ins Gesicht für jeden Bürger, der diesen Gruppierungen und Parteien die Stimme und somit das Vertrauen gegeben hat. Eigene Interessen sind das non plus ultra.

Bei den Stadtverordnetenversammlungen gibt es eine offene Stunde für die Bürger dieser Stadt, in dieser Stunde können die Bürger an ihre demokratisch gewählten Verordneten Fragen richten oder einfach nur ein Kommentar abgeben. Es interessiert die Verordneten nur so gar nicht. Fragen der Bürger werden nur lapi-

dar beantwortet oder gar mit einer Lüge oder man verflüchtigt sich in irgendeiner Aussage oder man beantwortet die Frage nur zur Hälfte und ganz schlimm ist es dann, wenn man die Frage an andere weiterreicht, die aber nichts sagen dürfen. Dann wird einfach erklärt, daß der Bürger die Antwort schriftlich bekommen wird. Allerdings weiß jeder, daß Papier sehr geduldig ist und meistens vergilbt. Bei kritischen Kommentaren wird einfach abgeblockt, der Bürger, sowie deren demokratisch gewählter Vertreter werden mundtot gemacht, dann legt der Versammlungsvorsitzende eine an den Haaren herbei gezogene Redezeit fest. Öffentliche Themen, Anträge etc. werden schnell in den nichtöffentlichen Teil dieser Sitzungen gelegt oder verlegt, so daß der Bürger nichts von Mausechelen o. ä. mitbekommt oder etwas dazu sagen kann.

Ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie. Schreiben an die Verordneten, sowie Unterschriftensammlungen werden widerwillig entgegen genommen und es wird darauf überhaupt nicht eingegangen. Es werden die Augen verdreht und man hofft, daß die öffentliche Stunde bald vorbei ist. Der »hauseigene«, parteitreue, regionale Fernsehsender sendet ein paar Tage später, daß alle Bürger und Verordnete sehr zufrieden mit dem Verlauf der Versammlung waren. Kritische Stimmen oder Bemerkungen werden mit partei- und sendereigenen Kommentaren unterlegt und somit schön geredet. Das ist alarmierend und erschreckend zu gleich. Demokratie ist nicht irgendein Wort, es ist viel mehr und muß von uns Bürgern wieder eingefordert und gelebt werden.

Es gibt ein Sprichwort: »Humor ist, wenn man trotzdem lacht.« Abgewandelt für Eberswalde lautet es zurzeit: »Demokratie ist, wenn man trotzdem lügt!«

RENÉ GLOEDE

Die Regierung kritisch begleiten?

Oder: Streichen bei den Reichen? Lernt schneller, Kollegen!

Seit Monaten wünschte der DGB einen Kundgebungs-Tag. Der Vorsitzende hatte zu den sog. Reformen der Regierung erklärt: »Es geht besser«. Dazu wollte man die Regierung »kritisch begleiten«. Und so stellten sich manche Kollegen darauf ein, am 21. Oktober in Berlin, Dortmund, Frankfurt a.M., Stuttgart und München »faire Reformen« zu verlangen. Tatsächlich zeigte unser aller Fernsehsender – in Berlin aus Richtung Brandenburger Tor auf die vorderen Reihen der Demo blickend – ein Transparent, darauf geschrieben stand: »Faire Reformen«. Als wenn es jetzt noch darum ginge, die Regierung »kritisch zu begleiten«.

Doch im September hatte sich manches schneller entwickelt als gedacht: Die Regierung zeigte, daß es ernst wird mit Mehrwertsteuererhöhung und Steuersenkung für Konzerne, mit Erhöhung des Rentenalters, mit Verschärfung der Repressionen gegen Langzeitarbeitslose und mit Abbau des Bismarckschen Solidar-Prinzips der Krankenversicherung. Zugleich zeigte eine Demonstration am 16. September in Berlin, wie Widerstand der Lohnabhängigen aussehen könnte. Zu dieser Demo hatte www.bundesweite-montagsdemo.de aufgerufen. Boykott-Aufrufe selbst aus Kreisen, die sich als Linke sehen, hatten die weitsichtig konzipierte Demo am 16. September nicht verhindern können.

Deshalb war – spät zwar, doch nicht ganz so spät – Ende September in weiteren Kreisen das Bedürfnis entstanden zu fordern: »Es geht nur ganz anders!« Auch wurde das Bedürfnis erkannt, das Tribünen-Projekt des DGB für den 21. Oktober durch ein Demonstrations-Projekt zu ergänzen: Mit aktuellen Forderungen zur Tribüne zu marschieren, in Berlin also vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor. Dazu mußte erreicht werden, daß lokale Gruppen des DGB die bestellbaren Omnibusse zuerst zum Alexanderplatz dirigierten. Teilweise gelang das. Zu viele Kollegen hatten das Bedürf-

nis, den Herrschenden ihre Forderungen zu zeigen. In Berlin sah ich Kollegen aus Hamburg und Dresden, aus dem Land Brandenburg, auch aus Eberswalde, und aus Berlin. Die Linkspartei war etwas stärker als sonst vertreten, sie zeigte mit ihren Schildern vor allem sich selber. Besonders stark war Ver.di engagiert, dann IGM, BAU, Attac, Aktionsbündnis Sozialproteste, MLPD.

Des Überblicks wegen besuchte ich am Abend die Website des DGB. Gewerkschaftsvorsitzende beschrieben in ihren Redetexten die Lage, die vor drei Jahren bestand. Inzwischen ist alles schlimmer geworden. Viel später als ehrenamtliche Experten, aber noch nicht endgültig zu spät, hatten sich aber einige Vorstände entschlossen, in ihren Ansprachen am 21. Oktober aktueller zu werden und den Erwartungen der Mitgliederbasis entgegenzukommen. Michael Sommer sagte in Stuttgart: »Zu den großen Lebenslügen der deutschen Politik gehört, daß man den Unternehmen nur genügend Geld in den Rachen werfen muß, und dann werden sie sich schon mit Arbeitsplätzen bedanken. Genau das werden sie nicht tun. Sie haben sich auch im Jahr 2000 und danach nicht mit neuen Arbeitsplätzen bedankt für Steuergeschenke in Milliardenhöhe. Das war die Zeit, als in mancher einst reichen Stadt das Hundesteueraufkommen höher war als das Gewerbesteueraufkommen. Was war der Dank? Massenentlassungen, Lohndrückerei und der stetig neue Versuch, die Menschen mit ihrer Angst vor Arbeitslosigkeit zu erpressen.«

Abschlußredner der Kundgebung in Berlin war der Vorsitzende der Polizei-Gewerkschaft, Konrad Freiberg: »Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte nicht klein anfangen. Ich möchte den Papst zitieren: 'Ein Staat, der sich nicht durch Gerechtigkeit definiert, ist nichts anderes als eine Räuberbande', sagt Papst Benedikt.« Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft fügte hinzu »Wo der Papst recht hat, hat er recht! Wenn er eine gerechte Ordnung der Gesellschaft und des Staates als zentrale Aufgabe der Politik einfordert, dann hat er die Gewerkschaften an seiner Seite. Und wenn es gilt, Räuber zu stellen - da können wir mitreden.« Das hörte ich live, als das am Brandenburger Tor der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft sagte. Da war der Beifall besonders stark. Wir sehen also: Es lohnt sich, aufrecht zu gehen, dann wird man auch gesehen.

DR. RAINER THIEL



Ich notierte folgende Forderungen:

Schluß mit den Reformen gegen uns! Arm trotz Arbeit. Wir sind gegen Armutslöhne. Dafür zeigen wir die Rote Karte. Die Politik rettet die Wirtschaft. Wer rettet uns?
 10 Euro Mindestlohn, 30-Stunden-Woche, 500 Euro Grundeinkommen!
 Hartz IV macht krank. Weg mit Hartz IV. Das Volk sind wir!
 Kein Geld für Zahnersatz, aber bewaffnet bis an die Zähne. Rote Karte gegen die Gesundheitsreform.
 Ungleiche Verteilung von Arbeit ist Betrug am Volk. Betrüger - Räuber - Dilettanten.
 Unsre Agenda heißt »Widerstand«. Dieses Land braucht Widerstand.
 Ausbildungsräuber anzeigen! Initiative gegen Privatisierung Hamburger Schulen.
 Arbeit für alle statt Milliarden für den Krieg.
 Prekäre aller Länder, vereinigt Euch! Aufstehen gegen die Sozialräuber!
 Reichtum umverteilen! 8 Euro auch für Manager.
 Statt sparen bei den Armen – streichen bei den Reichen!
Eine zeitlang lief ich inmitten einer starken Ver.di Gruppe. Wenn ihr Sprecher im roten ver.di-Fahrzeug, ihrem »Democar«, über Mikro eine der brillanten Forderungen ausrief, streckten die Kollegen – steiler als Schiedsrichter – Rote Karten in die Höhe. So auch geschehen, als es hieß: »Es gibt keine Alternative, sagt die Regierung. Aber sie macht die Augen zu vor den Braunen. Den Abgeordneten des Bundestags die rote Karte!«

Barnimer wird Minister

Sehr geehrter Herr Staatssekretär und designierter Minister, lieber Reinhold Dellmann, zur Berufung in das verantwortungsvolle Amt des Ministers für Infrastruktur und Raumordnung darf ich Ihnen im Namen von rund 23.000 Erwerbslosen im ver.di-Landesbezirk Berlin/Brandenburg sowie in meinem persönlichen Namen gratulieren. Gleichzeitig gebe ich der Hoffnung Ausdruck, mit Ihnen zukünftig einen konstruktiven Partner in der Landesregierung zu haben, der auch Interessen von Erwerbslosen und sozial Benachteiligten vertritt.

Wie bereits dem Ministerpräsidenten und dem Generalsekretär der SPD Brandenburg am 23. Oktober während eines Wählerforums in Eberswalde in einem persönlichen Gespräch sensibilisiert, erwarten wir mit der bevorstehenden Novellierung des ÖPNV-Gesetzes in Brandenburg die Schaffung von organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen zur Einführung eines Sozialtickets in den vierzehn Landkreisen und vier kreisfreien Städten.

Wir sollten nach vorne schauen und hierbei nach konstruktiven Lösungsansätzen suchen.

CARSTEN ZINN, Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim und im Landesbezirk Berlin/Brandenburg

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«, 16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Demokratie hautnah

Im Rahmen der Reihe »Roter Faden« hatte der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS Eberswalde am 18. Oktober in der Eberswalder »Bierakademie« zu einer Diskussion zum Thema »Bürgerhaushalt« eingeladen. Nach einer Filmvorführung über die Erfahrungen aus Berlin-Lichtenberg standen zwei Experten für die Fragen der Gäste zur Verfügung.

»Wir müssen Haushaltspolitik in den Fokus von Bürgerbeteiligung rücken«, erklärte Dr. Petra Brangsch (DIE LINKE. im Bundestag), »bisher war das ein Heiligtum der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker«. Mit dem städtischen Haushalt wird alljährlich über die konkrete Ausrichtung der Kommunalpolitik entschieden. Das wirkt sich direkt auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger aus. Auch in Eberswalde. Doch wer kennt schon den Haushalt und wie er zustandekommt? »Ein erster Schritt kann sein, daß man erstmal einen transparenten Haushalt schafft. Der soll nicht nur im Amtsblatt stehen, sondern vor allem auch benutzerfreundlich im Internet, da kann man dann mitdiskutieren«, meinte einer der Besucher. Das stieß auf breites Interesse und sorgte für lebhaftes Gespräch. Daniel Tietze von der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg erzählte begeistert vom Bürgerhaushalt: »Auf einmal kamen Bürger, Verwaltung und Politik zusammen, ansonsten reden die doch nur aneinander vorbei!« So könne Begeisterung, Engagement und schließlich auch der Glaube an Demokratie gestärkt und gefördert werden. Wie lief das in Berlin-Lichtenberg konkret? Die Bürgermeisterin und alle Parteien standen hinter der Idee. Angefangen hat alles aber schon 2001, es dauerte also fünf Jahre, bevor der erste Bürgerhaushalt unter breiter Beteiligung aufgestellt werden konnte. 4.000 Menschen beteiligten sich auf Bürgerforen, in Fragebögen und im Internet. 35 Mio EUR standen zur Debatte. Die Politikerinnen und Politiker haben nun über die Ergebnisse und Vorschläge zu entscheiden und diese in den Haushalt 2007 einfließen zu lassen. »Letztendlich sind die Bürger nicht an der Entscheidung beteiligt, daß muß das Parlament machen«, stellte Dr. Brangsch klar.

Ist das auch eine Option für Eberswalde? Zwei der sechs Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters schrieben Partizipation groß auf ihre Fahnen. Wichtig wird sein, viele Menschen parteiübergreifend für die Idee eines Bürgerhaushaltes zu begeistern. Auch die Verwaltung und alle Parteien müssen mit ins Boot geholt werden, sonst hat das keinen Sinn. Und Geld für die professionelle Führung eines solchen Prozesses benötigt man auch – in Berlin waren das 80.000 EUR.

Bürgerhaushalt ist eine gute Idee und findet immer mehr Verbreitung. Dabei darf jedoch keine Partei die Idee für sich selbst beanspruchen – auch nicht die Linkspartei.PDS.

CHRISTIAN REHMER (Mitglied des Stadtvorstands der Linkspartei.PDS)

DGB-Aktionstag am 21. Oktober: »Das geht besser« – Aber nicht von allein!

Politischer Generalstreik als Alternative

Kann das Motto des bundesweiten DGB-Aktionstages »Das geht besser« zukünftig der Maßstab des Handelns auch in der DGB-Region Ostbrandenburg und im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim sein? Im Vorfeld hatten Mitglieder des ver.di-Erwerbslosenausschusses, ver.di-Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der Barnimer Linkspartei sowie der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA Barnim) auf der Straße für den Aktionstag sensibilisiert und mobilisiert. Dafür gilt allen Akteurinnen und Akteuren unser herzliches Dankeschön! Dabei sind wir mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiv ins Gespräch gekommen und konnten ihnen den Eindruck vermitteln, daß die Gewerkschaften vor Ort präsent sind. Besorgniserregend war und ist allerdings die erlebte Politikverdrossenheit unter den Jugendlichen.

Leider mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß sich die Teilnahme aus Eberswalder und Barnimer Sicht erneut in Grenzen hielt. Bis auf wenige Ausnahmen sind es immer dieselben Aktivistinnen und Aktivisten, die sich auf den Weg in die »Bundeshauptstadt der sozialen Armut« nach Berlin machen. Genannt sei der harte Kern der Eberswalder Montagsdemo und der hiesigen Einzelgewerkschaften.

Eberswalder SPD und Linkspartei in ihrem Lauf ...

... halten weder Ochs noch Esel auf. Rückwärts immer, vorwärts nimmer.

Anders kann man die Wahlergebnisse in der Bürgermeisterwahl für beide Parteien nicht bewerten. Es ist angebracht, daß beide Volksparteien, die bisher bekanntlich über ein recht großes Wählerpotential verfügen haben, doch sehr genau analysieren müssen, daß sie beim Wähler nicht mehr erfolgsorientiert vermittelbar sind. Nicht nur, daß in beiden Parteien auch ein Generationswechsel dringend anstehen müßte (aber nicht von Nachwuchs-Karrieristen), sondern eine sorgfältige Personalplanung und Entwicklung stattfinden muß.

Das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« mit ihrem Kandidaten Hartwin Schulz hat bewiesen, wie erfolgreich in einem kurzen Zeitraum unter komplizierten organisatorischen, medialen und finanziellen Bedingungen ein Traumergebnis eingefahren werden kann. Dafür allen Akteurinnen und Akteuren, einschließlich dem Kandidaten, mein solidarischer Gruß, Glückwunsch und Respekt. Nichtsdestotrotz haben alle demokratischen Parteien in Eberswalde zukünftig stärker die Verantwortung, wirklich Bürgerinteressen wahrzunehmen und die Eberswalder und Barnimer Kommunalpolitik transparent zu gestalten.

Die erneut miese Wahlbeteiligung ist ein mehr als ernsthaftes Signal der Politikverdrossenheit gegenüber den etablierten Parteien in dieser Stadt. Gewalttätige Erscheinungen, die zurzeit gehäuft in ostdeutschen Fußballstadien

Wir sollten nicht nur temporär mit alibihaften Aktionstagen reagieren, sondern im täglichen Leben als Anwalt der Beschäftigten, aber auch von Erwerbslosen und sozial Benachteiligten spürbar sein. Die vielfältig geäußerte konstruktive Kritik der Menschen zu politischen Vorgängen muß für den DGB und seinen Einzelgewerkschaften auf allen Ebenen als wichtiges Signal für eine zukünftig kämpferisch ausgerichtete politische Interessenvertretung aufgenommen werden. Denn wir hatten wieder einmal den Eindruck, daß dieser mit markigen Reden gespickte Aktionstag, den der DGB eigentlich als Protesttag hätte ausrufen müssen, leider nur der Funktion des Öffnens eines Ventils für die unzufriedene Gewerkschafts- und Volksseele gleichkam. Deshalb denken wir, daß es zukünftig nicht besser, sondern ganz anders gehen muß! Den Mut der »Gewerkschaftselite« sowie der Bürgerinnen und Bürger vorausgesetzt, könnte ein politischer Generalstreik eine tragfähige Alternative sein.

CARSTEN ZINN, Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim und im Landesbezirk Berlin/Brandenburg
Dr. ANDREAS STEINER,

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA Barnim)

zu registrieren und zu verurteilen sind, können sich auch schnell in unsere Region ausbreiten. Deshalb ist es wichtig, sich jeden Tag als Demokrat zu erweisen und dies nicht nur an einem Tag im November in Halbe zu zelebrieren. Dies gilt auch für den DGB und den Einzelgewerkschaften in unserer Region.

Scheindemokratie, Sprechblasen, Kungeleien, Filz und Korruption bilden de facto den Nährboden für die Populisten und Demagogen von NPD, DVU und Märkischen Heimatschutz. Sie verstehen es geschickt, unter sozial Benachteiligten und politisch Ausgegrenzten die sogenannte »soziale und nationale Frage« aufzuwerfen, um zukünftiges Wählerpotential zu rekrutieren.

Der am 19. November zu wählende Bürgermeister sollte sehr schnell mit allen Vereinen und Verbänden, Aktions- und Sozialbündnisse ins Gespräch kommen, wie man unter komplizierten organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen transparente Bürgerpolitik gestalten kann. Diese nicht unerheblichen Wählerschichten der sozial Schwachen müssen im kommunalpolitischen Gestaltungs- und Mitwirkungsprozeß eingebunden werden. Ihnen darf nicht, wie bislang in der traditionellen Eberswalder und Barnimer Politik üblich, das Gefühl vermittelt werden, daß sie zu den gesellschaftlich Ausgegrenzten gehören.

CARSTEN ZINN

Wasser in Bürgerhand - W!B - Aktionsgruppe Barnim:

Dienstleistung und hoheitliche Aufgabe (2)

Für den Auftraggeber und Gebührenzahler, also den Bürger, der die Dienstleistung in Anspruch nehmen will, ist aber durchaus wichtig zu wissen, ob sein Dienstleister als Betrieb gewerblicher Art tätig ist, also die Dienstleistung »privat« organisiert oder ob er als Körperschaft des öffentlichen Rechts tätig ist. Es ist möglich, daß ein Zweckverband, also üblicherweise eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit den Kommunen als Mitglieder, einen Teil seiner Dienstleistungsaufgaben »privat« organisiert. Das ist zwar rechtlich durchaus bedenklich, so der bekannte Rechtsgelehrte Prof. Salzwedel, hat aber den Charme, daß man auf der Basis »privat« Gewinne machen kann, die »öffentlich-rechtlich« nicht möglich sind. Zudem entzieht sich der Dienstleister mit seinem privat organisierten Geschäftsfeld – etwa der Trinkwasserversorgung – noch mehr der Kontrolle durch die Kommunalvertretungen, als es die öffentlich-rechtlich tätigen ohnehin schon tun.

Prof. Salzwedel schrieb im Jahr 2001: »In diesem Sinne halte ich nichts von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die die Abteilung Trinkwasserversorgung privatrechtlich betreibt, ohne daß man wüßte, wer im Falle des Marktversagens oder überhöhter Preise verantwortlich gemacht werden kann?«

Für die Mitgliedsgemeinden gilt es daher, hier sehr aufmerksam zu sein und sich sowohl Mitsprache- als auch Kontrollrechte nicht beschneiden zu lassen.

Für den Bürger, der auch gern als Kunde bezeichnet wird, hat es durchaus eine Bedeutung, ob »privat« oder »öffentlich-rechtlich«. Öffentlich-rechtlich gibt es keine Gewinne, sondern

nur sog. kostendeckende Gebühren. Diese Gebühren enthalten zwar auch Gewinne, die aber nicht als solche bezeichnet werden. Es sind die Zinsen an Banken etwa für Investitionskredite, die oftmals den Prozentsatz zulässiger Gewinne weit überschreiten. Gegen Gebühren – dem Grund und der Höhe nach – kann man sich mit einem Widerspruch wehren und – im Falle der Ablehnung des Widerspruchs – mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht.

Hingegen ist es weitaus schwieriger, sich gegen einen Preis zu wehren (Beispiel: Energiepreise!) Privat gibt es keine Gebühren! Das wirksamste Mittel wäre, die Ware nicht zu kaufen. Das wird aber bei Wasser, unserer Lebensgrundlage sehr schwierig, noch schwieriger, als bei Energie, zumal der örtliche Wasserversorger eine Monopolstellung hat. Natürlich kann man sich beschweren, man wird aber kaum Erfolg haben und für eine Klage ist in diesem Fall das Amtsgericht zuständig.

Wenn der ZWA jetzt schreibt, daß die Trinkwasserversorgung »in der Regel« durch Betriebe gewerblicher Art erfolgt, dann ist zunächst festzustellen, daß der ZWA (noch) nicht nach dieser Regel arbeitet. Es ist jedoch zu erkennen, wohin die Reise gehen soll. Für Bürger und Kommunen gilt – immer noch und immer wieder: Seid wachsam!

Wasser ist die Grundlage unseres Lebens. Wasser ist unser ererbtes Allgemeingut! Wasser darf nicht in die Hände von privaten Geschäftemachern. Wasser darf nicht zur Ware werden! Deshalb heißt unser Motto: Wasser in Bürgerhand!

JOHANNES MADEJA

IG Mieter informiert

Heizkosten widersprechen

Die Betriebskostenabrechnungen für das Jahr 2005 sind ein Schock für die Mieter, die ihre Heizkosten mit denen des Vorjahres vergleichen haben und meist hohe Nachzahlungen leisten müssen. Hinzu kommen gestiegene Kosten für das Abwasser um 49 ct/m³ und der gestiegene Grundpreis dafür, die ebenfalls eine Erhöhung von ca. 30 Euro/Jahr bei einem Verbrauch von etwa 50 m³ verursachen. Für diese Erhöhung müssen sich die Mieter allerdings bei ihren Stadtverordneten bedanken.

Den Mietern der WHG wurde eine Erhöhung der Heizkosten von 7,2 % für das Jahr 2005 angekündigt, doch was ist daraus geworden? Der Fernwärmepreis im Jahr 2004 betrug in meiner Wohnblockhälfte 66,30 Euro/MWh, aus der Abrechnung des Jahres 2005 ergibt sich ein Betrag von 81,43 Euro/MWh. Das ist eine Steigerung von immerhin 15,13 Euro/MWh zum Vorjahr (22,8 %). Auffällig ist, daß der Verbrauch der Blockhälfte von 227 MWh im Jahr 2004 auf 199 MWh im Jahr 2005 zurückgegangen ist. Dieser Rückgang von 12 % dürfte auch für die meisten anderen Abrechnungseinheiten gelten, da der Rückgang hauptsächlich auf das Klima zurückzuführen ist.

Die Stadtwerke haben also mit der enormen Preiserhöhung den Umsatzrückgang mehr als ausgeglichen. Haben das die Geschäftsführer der Wohnungsunternehmen nicht gemerkt?

Was können nun die Mieter im Nachgang gegen die enorme Preissteigerung unternehmen? In der Zeitschrift Energiedepesche Heft 3 vom September 2006 des Bundes der Energieverbraucher wird ein Lösungsweg aufgezeigt, deren Anfang die IG Mieter bereits vorbereitet hat, indem sie die WHG, WBG und die AWO zum Widerspruch im Namen ihrer Mieter aufgefordert hat. Das ist auch im Jahr 2005 formell geschehen. Wie der Widerspruch lautet, wurde nicht mitgeteilt, wirkungslos ist er auf jeden Fall geblieben. Im vorgenannten Heft wird unter der Überschrift »Im Namen des Mieters« ein Urteil des Kammergerichtes Berlin vom 12.01.06 mit dem Aktenzeichen 12 U 216/04 zitiert, das den Vermieter verpflichtet, den Mietern auf einen entsprechenden Widerspruch gegen die Erhöhung einzelner Betriebskostenarten um mehr als 10 % gegenüber dem Vorjahr »nachvollziehbare Gründe« anzugeben. Legt der Vermieter das nicht dar, verstößt er gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit. So ist es unter dem Punkt 3a der Urteilsbegründung zu lesen. Desweiteren wird ein Schreiben des Bundesministeriums der Justiz an den Petitionsausschuß des Bundestages vom 03.05.06 zitiert, in dem es heißt: »Erhebt der Vermieter also im Hinblick auf die ihm vom Versorgungsunternehmen berechneten Versorgungsleistungen nicht die ihm zur Verfügung stehenden berechtigten Einwände, so ist die Betriebskostenabrechnung um die Kosten zu kürzen, die nicht angefallen wären,«

Fortsetzung auf Seite 10 9



Seit dem ersten Novembersonntag heißt das evangelische Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel »Dietrich-Bonhoeffer-Haus«. Mehr als 200 Menschen nahmen an der Namensverleihung teil. Die Teilnehmer repräsentierten ein breites gesellschaftliches Spektrum, das sich dem Vermächtnis von Dietrich Bonhoeffer verpflichtet fühlt, darunter auch die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, PDS Dr. Dagmar Enkelmann. Mit der Namensverleihung wurde auch die 5jährige Arbeit des evangelischen Gemeindezentrums gewürdigt, die für das Viertel unverzichtbar geworden ist.

Fortsetzung von Seite 9:

wenn er sie erhoben hätte.« Die Vermieter hätten also gemäß dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit nach §556 Abs. 3 S.1 BGB von den Stadtwerken den Nachweis der Billigkeit nach §315 BGB für die Berechnung des Fernwärmepreises verlangen müssen und bis zum Nachweis im Interesse ihrer Mieter nur den alten Preis zahlen dürfen. Sie haben aber den neuen erhöhten Preis »unter Vorbehalt« gezahlt und in altbekannter Manier an ihre Mieter weitergereicht.

Zum 1.10.2006 haben die Stadtwerke in einer Hiobsbotschaft ihren Kunden, die meist auch Mieter sind, eine erneute Gaspreiserhöhung mitgeteilt, natürlich erst zum Monatswechsel 9/10. Schon das allein ist eine Unverschämtheit den Kunden gegenüber. Während eine ganzseitige bunte Anzeige im Eberswalder Amtsblatt vom 2.10.06 wirbt, mit Energie der Stadtwerke etwas Leckeres zu zaubern, findet der aufmerksame Leser in der MOZ nur mit Mühe eine kleine postkartengroße Bekanntgabe in Minimalschriftgröße zur Gaspreiserhöhung. Das hat System und erfolgte sicher in der Absicht, die Kunden nicht aufzuscheuchen und sie damit von Widersprüchen abzuhalten, bzw. Kunden, die schon Widerspruch zu früheren Erhöhungen eingelegt haben, die Fortführung ihres Widerspruchs zu erschweren.

Sicherlich ist nun den Kunden, die meist auch Mieter sind, der Appetit auf etwas Leckeres vergangen, da sich das zur Verfügung stehende Einkommen eben nicht vermehrt wie der Gewinn der Stadtwerke. In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß EON, eine der Stadtwerkemütter, im Jahr 2006 an ihre Aktionäre eine Dividende von 7 Euro/Aktie gezahlt hat. So etwas hat es in der Börsengeschichte der BRD meines Wissens nach noch nie gegeben. Das erklärt aber vielleicht, warum die Stadtwerke für den Gasbezug von ihren Müttern angeblich zwei Mio. Euro mehr bezahlen müssen. Eine weitere Feststellung sei zur Genehmigung der Preiserhöhungen durch das Brandenburgische Wirtschaftsministerium erlaubt. Während der Wirtschaftsminister des reichen Hessenlandes Energiepreiserhöhungen generell abgelehnt hat, weil er richtigerweise erkannt hat, daß diese der Gewinnmaximierung der Energiemonopole dienen, hat unser Wirtschaftsminister anscheinend einen Sprachfehler, weil er nicht Nein sagen kann, oder er hat die monopolistischen Strukturen der Energieversorger einfach noch nicht erkannt.

Widerstand ist angesagt. Diesen muß jedoch jeder für sich selbst leisten. Die Verbraucherzentrale hält wieder entsprechende Widerspruchformulare bereit. Auch wer bereits Widerspruch eingelegt hat, muß diesen erneuern. Es können dafür die alten Vordrucke verwendet werden, natürlich mit neuem Datum und gegen die erneute Erhöhung. Vordrucke für einen Widerspruch an die Vermieter gegen erhöhte Heizkosten sind in Vorbereitung.

BERND POMRAENKE

Da sind Trickser am Werk

Die Stadt hatte eine Wirtschaftsfördergesellschaft (WFGE) mit den Gesellschaftern Stadt Eberswalde 66 %, Gemeinde Schorfheide 33 % und Chorin 1 %. Die Aufgabe der Gesellschaft bestand in der Errichtung und im Betrieb von Technologie- und Gewerbestandorten sowie in der Erschließung und Vermarktung von gewerblichen Flächen einschließlich darauf befindlicher Gebäude und Anlagen.

Zu diesem Zweck wurden der Gesellschaft die entsprechenden kommunalen Grundstücke übertragen. In der Folgezeit wurden die Grundstücke durch den ZWA wasser- und abwasserseitig erschlossen, um die Grundstücke besser vermarkten zu können. Aber das Geschäft lief nicht so, wie gedacht. Da die Kosten für die Erschließung bis 2003 noch nicht bezahlt werden konnten, schloß die WFGE am 28.5.2003 mit dem ZWA eine Stundungsvereinbarung ab. Danach sollten die Erschließungsbeiträge jeweils beim Verkauf des jeweiligen Grundstückes gezahlt werden. Da die Grundstücke aber nicht verkauft wurden, konnten auch keine Erschließungskosten an den ZWA bezahlt werden.

Am 20.1.2005 beschloß die Stadtverordnetenversammlung, ihre Beteiligung an der WFGE auf die Technischen Werke Eberswalde zu übertragen. Das wirtschaftliche Risiko wurde damit von der Stadt auf die Technischen Werke Eberswalde (TWE) übertragen. Im Mai 2005 erhöhte die TWE ihre übernommenen WFGE-Stammkapitalanteile um 150.000 Euro, wodurch sich ihr relativer Geschäftsanteil auf 78,8 % erhöhte.

Der Betrag aus noch nicht gezahlten Beiträgen und Stundungszinsen erhöhte sich bei der WFGE mittlerweile auf 1.141.000 Euro. Da entsprechende Einnahmen fehlen, steht die WFGE vor der Pleite. Im Rahmen einer Sanierungsvereinbarung soll nun der ZWA auf einen Teil seiner Forderungen verzichten (insgesamt 616.000 Euro an Beiträgen und Stundungszinsen), die TWE als Hauptgesellschafter der WFGE wird das Stammkapital um 500.000 Euro aufstocken (und besitzt dann 85,5 % an der Firma). Der Rest der Forderung soll bis zum Jahr 2033 zinslos gestundet werden.

In der Folge wird dem ZWA Geld fehlen, das nun anders aufgebracht werden muß – ein Schelm, wer dabei an die neue Gebührenerhöhung denkt. Die TWE, die selbst nicht rentabel sind, leben vom Erlös des Stadtwerkeanteilsverkaufs und sanieren damit ihre Tochter, die WFGE. Der vorgesehene Deal bewirkt eine Umverteilung. Aufwendungen, die die Stadt im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderung getätigt haben, werden auf diesem Wege in Höhe von 618.000 Euro zuzüglich des weiteren Zinsverzichts bis 2033 auf den ZWA abgewälzt. Dieser wiederum sichert seine Wirtschaftlichkeit über die seine Wasser- und Abwasserkunden. Soweit zum Sachverhalt.

Zur Bewertung ist zu sagen, daß es sich hier um einen unzulässigen Umgang mit dem Geld der Bürger handelt. Zum einen muß der Erfolg bzw. Mißerfolg der städtischen Wirtschaftsförderung hinterfragt werden. Es darf nicht sein, daß das Geld der Bürger in ein Faß ohne Boden gesteckt wird. Zum zweiten ist zu fragen, warum die Wasser- und Abwasserkunden für die Kosten einer verfehlten Wirtschaftsförderung aufkommen sollen? Durch die Umverteilung zahlen nicht nur Eberswalder, sondern auch die Kunden im Umland für die Kosten der Wirtschaftsförderung. Und zum dritten, das ist die entscheidende Frage: Warum geschieht der Umgang mit dem Geld der Bürger im Verborgenen? Wieso werden keinerlei Informationen gegeben?

Über die oben genannte »Sanierungsvereinbarung« und den »Teilschuldenerlaß« hat die ZWA-Verbandsversammlung in nicht öffentlicher Sitzung am 25. Oktober entschieden. Die Stadtverordnetenversammlung hatte das Thema auf der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung am 26.10., es wurde aber ohne nähere Begründung nicht behandelt. Im Bürgermeisterwahlkampf wurde viel über Transparenz und Einbeziehung der Bürger gesprochen. Aber der amtierende Bürgermeister, zugleich Bevollmächtigter der Stadt im ZWA setzt die alte Politik unverändert fort und die StVV hindert ihn nicht daran.

Was ist zu tun? Die WFGE muß ihre Schulden an den ZWA in voller Höhe bezahlen. Die dazu notwendige Liquidität haben die TWE zu gewährleisten. Die WFGE sollte auf die TWE verschmolzen werden, denn sie hat keinen Geschäftsbetrieb und keine Daseinsberechtigung. Die defizitären TWE haben nach dem Stadtwerkeanteilsverkauf ebenfalls keine Daseinsberechtigung mehr und sollten in die Stadt zurückgeholt werden. So haben die Stadtverordneten wieder die Kontrolle über die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt und vor den Bürgern gibt es nichts mehr zu verbergen.

ALBRECHT TRILLER

Sozialticket in Brandenburg

Die Arbeitsgruppe Mobilität der Linksfraktion im Brandenburger Landtag tagte am 2. November. Die verkehrspolitische Sprecherin Anita Tack informierte, daß die Linksfraktion für die laufenden Haushaltsberatungen einen Antrag in Höhe von 5,1 Mio. EUR aus eigenen Haushaltsmitteln zur finanziellen Unterstützung eines Sozialtickets eingebracht hat. Im Verkehrsausschuß findet am historischen 9. November eine Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung für das »Dritte Gesetz zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes« statt. Dabei werden die Fragen zum Sozialticket eine herausragende Rolle spielen. Ausführlich dazu wird in der nächsten bbp-Ausgabe berichtet.

CARSTEN ZINN

Allee Rüdnitz-Danewitz:

Verschwendung und Raubbau

Offensichtlich gibt das Landesumweltamt auf Druck des Umweltministeriums die Entscheidungsbefugnis an die Kreisverwaltung zurück. Die Sachlage hat sich nicht verändert. Die Kreisverwaltung muß sich mit den inhaltlichen Argumenten des ursprünglichen Bescheides des Landesumweltamtes von Ende September auseinandersetzen. Die überwiegende Zahl der über 700 Alleebäume ist vital und standsicher. Der Kreis Barnim würde sich durch deren Fällung eines Teils seines Reichtums ohne Not selbst berauben. Das Verkehrsaufkommen der

Verbindung Rüdnitz-Danewitz beträgt 230 Fahrzeuge pro Tag. Landrat und Vizelandrat wollen eine geringbefahrene Straße überdimensioniert ausbauen. Dieser Ausbau soll insgesamt 2,2 Mio. Euro kosten. Das wäre unverantwortliche Verschwendung und Raubbau an der Natur und dem kulturellen Erbe Brandenburgs. Es gäbe durchaus die Alternative, die Straße so auszubauen, daß die Allee erhalten werden könnte. Diese Möglichkeit muß noch einmal geprüft werden.

CORNELIA BEHM, MdB

Präzedenzfall und ein Politikum

Spendenaufwurf für die Allee Rüdnitz-Danewitz

Die Allee Rüdnitz-Danewitz ist eine der ältesten und schönsten, noch zusammenhängenden Ahornalleen im Land Brandenburg. Mit ihrem geschlossenen Kronendach stellen die 726 Bäume einen wertvollen Landschaftsbestandteil und ein touristisches Highlight im Barnim dar. Im Zuge von Straßenverbreiterungsarbeiten will die Kreisverwaltung Barnim die Allee komplett beseitigen. Über 2 Millionen Euro an EU-Mitteln sollen in ein schlecht vorbereitetes Projekt verbaut werden. Für die insgesamt 4.700 Meter lange Kreisstraße, die lediglich von etwa 250 Fahrzeuge pro Tag frequentiert wird, würden die Kosten in den zwei Bauabschnitten damit mehr als 400 Euro pro laufenden Meter betragen. Tatsächlich aber wäre die deutlich günstigere Erneuerung der Fahrbahnoberfläche aus verkehrstechnischer Sicht völlig ausreichend. Die Komplettrodung der mehr als hundert Jahre alten, überwiegend vitalen Alleebäume würde eine Naturzerstörung ungeahnten Ausmaßes bedeuten. Hinzu kommt, daß »Dämme eingerissen werden« und es zukünftig um den Schutz weiterer Alleeanbestände in Brandenburg schlecht bestellt wäre. Ein Präzedenzfall und ein Politikum.



Die neuesten politischen Entwicklungen in der Angelegenheit Allee Rüdnitz-Danewitz sind besorgniserregend. Noch vor zwei Wochen schien sie gerettet zu sein. Dann vollzog das Landesumweltamt (LUA) eine Kehrtwende. Nun besteht die Gefahr, daß die Untere Naturschutzbehörde erneut dem Antrag des Bauordnungsamtes für die Komplettrodung eine Genehmigung erteilt. Ein Paradoxon: Denn die Behörden des Landesumweltamtes haben sich lediglich in der Sache für nicht zuständig erklärt, keineswegs jedoch ihre fachlich fundierten Argumente zurückgezogen, die eine

Beseitigung der Allee aus naturschutzrechtlichen sowie aus Gründen des Gemeinwohls verbieten.

Nun wird die letzte Möglichkeit für den Erhalt der Allee wohl nur noch im Klageweg liegen. Als gemeinnütziger, anerkannter Naturschutzverband erklärte sich die Grüne Liga Brandenburg e.V. bereit, rechtliche Schritte einzuleiten. Allerdings ist sie auf Spenden angewiesen. Eigene Mittel sind nicht vorhanden.

Ich möchte Sie daher eindringlich bitten, für den Erhalt der Allee zu spenden. Die zweckgebundenen Spenden können steuerlich geltend gemacht werden. Ich habe bereits einen Betrag auf das Spendenkonto überwiesen und damit den ersten Schritt getan. Als Alleebefürworter sind wir für jeden gespendeten Euro dankbar. Denn dieser Naturfrevler muß verhindert und der Steuerverschwendung als Folge einer blinden Fördermittelpolitik Einhalt geboten werden.

Das Spendenkonto:
Grüne Liga Brandenburg e.V.
VR Bank Lausitz

Kontonummer: 2000 55 000
Bankleitzahl 180 626 78

Stichwort: Allee Rüdnitz-Danewitz

Vorab herzlichen Dank für Ihre Hilfe!

Dr. ANDREAS STEINER

Wo liegen die Interessen?

Kaum ist der erste Bürgermeisterwahlgang in Eberswalde vorüber, meldet sich Wirtschaftsdirektor Carsten Bockhardt in der MOZ zu Wort, und läßt seinen Korrespondenten Rüdiger Thunemann verkünden, daß das Landesumweltamt (LUA) einem Widerspruch des Landkreises stattgegeben habe. Das LUA hätte sich plötzlich für nicht zuständig erklärt und die Entscheidung über die Allee-Rodung in die Hände der Barnimer Kreisverwaltung gelegt. Das nennt man »den Bock zum Gärtner machen«.

Jetzt mal der Reihe nach. Die Kreisverwaltung beantragte die Fällung von 726 Bäumen in einer geschützten Allee. Die anerkannten Naturschutzverbände wandten sich während des gesetzlichen Anhörungsverfahrens dagegen. Die Sache lag beim LUA. Die Kreisverwaltung war sich ihrer Sache sicher und tönte öffentlich, daß man dessen Entscheidung akzeptieren werde. Das LUA entschied mit Blick auf die Brandenburger Verfassung für den Erhalt der Allee. Jetzt schaltete sich Landrat Ihrke ein, schrieb an Minister Woidke, der das LUA zurückrudern ließ. Schönes Lehrbeispiel für das Funktionieren des Verwaltungsapparates.

Worum geht es hier eigentlich? Haben die etwa was gegen schöne Alleebäume, die im Sommer Schatten spenden und jetzt im Herbst unsere Siedlung vor Sturm schützen? Weshalb die Desinformationskampagne in der Märkischen Oderzeitung? Weshalb das Totschweigen kritischer Stimmen und Leserbriefe zur Alleerodung?

Es geht natürlich um Geld, um viel Geld.

Insgesamt stehen mehr als 2 Millionen Euro zur Disposition. Was sollen »die Bürger« dafür erhalten? Die Kreisverwaltung will 5,6 km Straße »sanieren«. Doch nicht etwa grundhafter Ausbau ist geplant, sondern sogenannter Hocheinbau. Dabei wird lediglich eine neue Asphaltdeckschicht aufgebracht.

Zwei Millionen Euro für 5.600 Meter ergibt mehr als 350 Euro für einen laufenden Meter frisch geteeter Straße. Wer darauf wettet, daß hier etwas nicht mit rechten Dingen zugeht, wird wohl seine Wette gewinnen und recht behalten. Der Landesrechnungshof und die EU wollen ja nächstes Jahr auch noch etwas in ihre Schwarzbücher zu schreiben haben. Hier geht es darum, daß unsere Steuern (ja, auch EU-Gelder sind unsere Steuern!) für ein schlecht vorbereitetes Projekt veruntreut werden sollen. Dabei soll ganz nebenbei auch noch eine wertvolle Allee vernichtet und mit EU-Mitteln abgeholzt werden. Nicht nur Straßenbaufirmen und Baumschulen gieren nach Aufträgen, sondern auch die sogenannten »Biomassehöfe«, organisierte Holzfäller. Jeder der großen Bäume bringt als Kaminholz gut 500 Euro und womöglich noch Fällprämien der Kreisverwaltung ein. Bei 726 Bäumen ein schönes Sümmchen, das die Kreisverwaltung den Holzfällern da unter den Christbaum legt.

KARL-HEINZ RÜDNITZER
(www.der-ruednitzer.de)

Am 29. Oktober 2006 wurde in Eberswalde gewählt. Die spannende Auswahl aus sechs Kandidaten für das Bürgermeisteramt lockte mich am frühen Nachmittag in das für meine Wohnadresse zuständige Wahllokal Kupferhammerweg 1. Dort gab ich dem Kandidaten meines Vertrauens meine Stimme und bat um einen der vielleicht 30 freien Sitzplätze, um der weiteren Wahl bis zur Beendigung der Stimmauszählung zusehen zu können. Viertel vor 18 Uhr beschloß noch ein Wähler, nach seiner Stimmabgabe im Wahllokal auf die Stimmauszählung zu warten und setzte sich zu mir. Die letzte Stimme kam kurz vor 18 Uhr in die Urne, der letzte Wähler verließ kurz vor 18 Uhr das Wahllokal. Weitere Wähler tauchten im Verlauf des Abends nicht mehr in diesem Wahllokal auf. Bis 18 Uhr hatte ich – ein mitgebrachtes Buch lesend – die Wahlurne nicht mehr aus den Augen gelassen.

Um 18 Uhr wurden wir – die beiden freiwilligen spontanen Wahlbeobachter – von der gesamten Wahlkommission im Raum gebeten, das Wahllokal kurzzeitig zu verlassen. Auf meine Nachfrage, wozu das gut sei und wobei genau wir stören würden, wurde keine zufriedenstellende Auskunft erteilt, sondern schlicht auf das komplette Landeswahlgesetz verwiesen. Wir fügten uns, erklärten jedoch unser Unverständnis. Beim Hinausgehen durfte ich noch kurz die Plombe an der Urne ansehen. Ein junger Mitarbeiter in der Wahlkommission brachte uns aus dem Wahlraum in den Korridor und weiter bis vor die Tür, schloß von innen ab und ging zurück in den Wahlraum. Von dort kam er noch in derselben Minute zurück zur Tür, die er uns wieder aufschloß. Wir folgten ihm in den Wahlraum. Die Wahlurne selbst war somit für etwa 1 bis 2 Minuten meiner Beobachtung entzogen worden. Das anschliessend ausgezählte Wahlergebnis im Wahllokal stimmt also – soweit ich das mit meiner Beobachtung bezeugen kann – lediglich mit den nach unserem Wiedereinlaß in einer nun am gewohnten Platz stehenden Urne gefundenen Stimmzetteln überein. Mehr können auch spätere Nachzählungen nie mehr aussagen – nach dieser Lücke.

Auf meinen Hinweis, daß nun unnötig ein gewisser Anfangsverdacht heraufbeschworen wurde, konterte die Wahlkommission mit dem Argument, daß ich ja bei so großem Interesse gern bei der nächsten Wahl von früh bis spät in der Wahlkommission mitarbeiten könne. Diesmal wäre eben wegen der Wahlordnung nichts zu machen. Und man fasse meine Vorwürfe als persönliche Unterstellung und Angriff auf. Mir wurde auf Anfrage noch gestattet, das Protokoll der Eilmeldung der Stimmauszählung zu fotografieren. Dann verabschiedeten wir beiden Wahlbeobachter uns von der scheuen Wahlkommission, wenig motiviert für einen zweiten abendfüllenden Einsatz bei einer Bürgermeisterstichwahl. Wer weiß denn nun, ob wir damit nur ein unehrliches Wahlergebnis im ersten Wahlgang anerkennen? Oder gar eine echte Lücke im Wahlgesetz, die dem Betrug Tür und Tor öffnet?

Geheime Wahl – auf Eberswalder Art:

Der Mut zur Lücke

von Peter Spangenberg

Was mag wohl in diesem Moment ohne Anwesenheit von beobachtenden Bürgern Wichtiges im Wahllokal zu erledigen gewesen sein? Die Spielregeln der Auszählung hat man der Wahlkommission sicher schon rechtzeitig vorher zukommen lassen. Fakt ist: Wahlbeobachter haben einen Moment lang gegen ihren Willen den Wahlablauf nicht beobachten dürfen. Das geschah auf Anweisung der Wahlkommission im Wahllokal und nach Darstellung dieser Wahlkommission auf gesetzlicher Grundlage.

Ob die Urne komplett gegen eine andere ebenfalls verplombte ähnliche Urne vertauscht oder zusätzliche Stimmzettel unter Ankreuzen nicht erschienener Wahlberechtigter in die Urne gelangten, kann ich nun nicht wissen. Im Wahllokal werden wegen der spärlichen Wahlbeteiligung sicher noch ein paar unbenutzte Stimmzettel bereitgelegt haben. Und da nach 18 Uhr garantiert keiner der ausgebliebenen Wahlberechtigten mehr zur Abstimmung kommen kann, würde ein vorgetäushtes Wählen nicht erschienener Wähler theoretisch leicht möglich sein. Wir Wahlbeobachter kannten die genaue Zahl bisher abgegebener Stimmen ja nicht, bevor wir hinausbegleitet wurden.

Die vorfristige Bürgermeisterwahl hat ihre Ursache in einem zufällig aufgedeckten Korruptionssumpf in dieser Stadt. Man kann also den kurzzeitigen Ausschuß von beobachtenden Bürgern durchaus als ähnlich verdachterweckend bezeichnen wie beispielsweise eine eventuelle minutenlange Aussperrung von UNO-Wahlbeobachtern in einem Wahllokal im Irak oder im Kongo – kurz vor Beginn der dortigen Auszählung. So erhaben über jeden Schummelverdacht ist meine Heimatstadt – leider – längst nicht mehr! Erst recht nicht, wenn man an die Wahlen zu DDR-Zeiten zurückdenkt. In Bayern wurde vor wenigen Jahren ein Bürgermeister einer erheblich größeren Stadt wegen ertapptem Wahlschummel wieder abgesetzt. In der Ukraine und in Kirgistan brach gerade in Zusammenhang mit Wahlschummelvorwürfen eine friedliche Revolution los und fegte die alte Garde aus den

Ämtern. Und begann der Anfang vom Ende der DDR nicht ähnlich?

Um es nochmal klarzustellen: Ich kann keine Fälschung beweisen. Ich habe keinen Wahlbetrug gesehen. Das konnte ich auch nicht. Ich war ja im für einen solchen

Betrug günstigsten Moment sozusagen verhindert. Aber ich erkläre, daß diese Wahlkommission mit dem Hinausweisen der Wahlbeobachter – aus welchem Grund auch immer – kräftig Verdacht auf sich gelenkt und die gesamte Bürgermeisterwahl in ein schlechtes Licht gerückt hat. Schade – für den Ruf der Stadt und die von allen Bürgern getragenen Kosten der Wahlveranstaltung und für das Demokratieverständnis der Jugend, und auch für den noch weiter unterwühlten Standortfaktor »Vertrauen in die Verwaltung«.

Ohne den seltsamen PC-Absturz im Rathaus hätte ich vielleicht noch an menschliches Versagen in meinem Wahllokal geglaubt. So aber kann ich nicht anders: Ich habe nun erst Recht den Verdacht, daß diese Wahl nicht sauber ist. Ich vermute Wahlbetrug – vielleicht aus Angst vor dem Kandidaten der Bürgerbewegung, aus Angst vor noch tieferer Akteneinsicht, aus Angst vor persönlichen Konsequenzen bis hin zu Haftstrafen. Somit gibt es durchaus ein vorstellbares überzeugendes Motiv und es gab betrugserleichternde Vorkommnisse: mindestens eine zeitweise ungesetzliche Nichtöffentlichkeit der Wahl. Das sollte in Zusammenhang mit dem verkündeten amtlichen Wahlergebnis für einen satten Anfangsverdacht doch wohl ausreichen, nicht wahr?



Ist, wer auf Schmutz im Nest hinweist, ein Nestbeschmutzer?

In der Sitzung der Wahlkommission am 1. November im Eberswalder Rathaus wurde vom Wahlleiter Herrn Birk eine Wahl ohne besondere Vorkommnisse bekanntgegeben. Mir wurde – ohne mir das Wort für meine Beschwerde zu erteilen – erklärt, ich könne zwar bis zum Oberverwaltungsgericht ziehen, aber da wäre nichts zu machen. Die Vorschriften seien nur etwas härter als unbedingt nötig angewandt worden. Und ich solle mir genau überlegen, ob ich in der Sache weiter mache, da die Stadt sich sonst überlege, mich wegen Verleumdung und Unterstellung einer kriminellen Handlung zu verklagen. Die Wahlkommission im Raum enthielt sich jeden Kommentars. Nach dieser Einschüchterung und wegen der offensichtlichen Erfolglosigkeit meiner ordentlichen Meldung eines Verstoßes gegen die Wahlordnung halte ich es für angemessen, vor weiteren Schritten erst einmal den Rat des Landeswahlleiters in der Sache einzuholen.

PETER SPANGENBERG

Wahlleiter Birk: Wahlvorstand reagierte »überformal«

Eberswalde (bbp). Der von Peter Spangenberg angezeigte Verstoß gegen die Wahlordnung im Wahllokal des Wahlbezirkes 2 (vgl. »Der Mut zur Lücke«) werde mit aller Konsequenz untersucht, versicherte Wahlleiter Uwe Birk gegenüber der »Barnimer Bürgerpost«. Eine abschließende Wertung könne derzeit noch nicht gegeben werden. Zunächst werde es Gespräche mit dem sechsköpfigen Wahlvorstand geben sowie eine gründliche Kontrolle der Wählerlisten und der Stimmzettel im Wahlbezirk 2. Nach bisherigem Stand könne davon ausgegangen werden, so Birk, daß der Wahlvorstand »überformal« agiert habe. Bei den Schulungen vor der Wahl sei darauf hingewiesen worden, daß das Wahllokal gemäß § 55 Kommunalwahlordnung (KWO) um 18 Uhr zu verschließen sei und nur noch die im Wahllokal befindlichen Wähler die Wahlhandlung vollziehen dürften. Weiteren wahlberechtigten Personen sei der Zutritt zum Wahllokal zu verwehren, bis der Wahlleiter die Wahlhandlung für geschlossen erklärt.

Aus der Kommunalwahlordnung:

§ 55 Schluß der Wahlhandlung

Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies vom Wahlvorstand bekanntgegeben. Von da ab dürfen nur noch wahlberechtigte Personen zur Stimmabgabe zugelassen werden, die sich im Wahllokal befinden. Der Zutritt zum Wahllokal ist solange zu sperren, bis die anwesenden wahlberechtigten Personen ihre Stimme abgegeben haben. § 49 ist zu beachten. Sodann erklärt der Wahlleiter die Wahlhandlung für geschlossen.

§ 49

Während der Wahlhandlung sowie der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses hat jede Person zum Wahllokal Zutritt, soweit dies ohne Störung des Wahlgeschäftes möglich ist.

Offenbar habe der Wahlvorstand diesen Passus der KWO falsch ausgelegt und auch die anwesenden Wahlbeobachter des Raumes verwiesen. Das entsprach selbstverständlich nicht den gesetzlichen Vorschriften. Unabhängig vom weiteren Verfahren werde dieses Vorkommnis zum Anlaß für eine besondere Belehrung der Wahlvorstände genommen, damit so etwas nicht wieder vorkommt. Für den formalen Umgang wird es darauf ankommen, ob der Beschwerdeführer seine Eingabe als offiziellen Wahleinspruch gelten lassen will. Solch ein Wahleinspruch sei allerdings erst nach der Stichwahl für das gesamte Bürgermeisterwahlverfahren möglich. Dann werde sich der Wahlprüfungsausschuß damit befassen und entsprechend der gesetzlichen Regelungen entscheiden, ob die Wahl als gültig oder nicht gültig zu werten sei. Gegen diese Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses könnte dann noch mittels Klage vorgegangen werden.

Wahl war kein Spaziergang

Aus dem von Herrn Boginski erwarteten kurzen Wahlkampf mit geringem Aufwand wurde ein von allen Kandidaten sehr intensiv geführter Wahlkampf mit erheblichem Materialaufwand. Letzterer war verständlicherweise von den finanziellen Möglichkeiten der Wahlträger geprägt. Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde machte mit seinem Verzicht auf große Fotos an den Masten auch eine andere Position zu dieser Art Werbung deutlich.

Die Gründung des Bündnisses im Vorfeld der Bürgermeisterwahl war die zwangsläufige Folge des Demokratiedefizits und der Ignoranz gegenüber den unmittelbaren Bürgerinteressen in Eberswalde. Mit Hartwin Schulz wurde ein glaubhafter Alternativkandidat zu den Bürgermeisterkandidaten der Parteien gefunden, der unterschiedliche Bürgerinitiativen zusammenfassen konnte. Er war zu keinem Zeitpunkt ein Einzelkandidat, wie in den Medien oft dargestellt, nicht wahlrechtlich und schon gar nicht bei der Vielzahl der ständigen Mitstreiter.

Die Wahlergebnisse dürften alle überrascht haben. Personenbezogene Einflüsse sind nicht zu übersehen, aber das Vertrauen bisheriger »Stammwähler« in ihre jeweilige Partei ist offenkundig schwer erschüttert. Ein Ergebnis von 18,7 % »aus dem Stand« für Hartwin Schulz und sein Bündnis für ein demokratisches Eberswalde sind ein Riesenerfolg. Das Wahlergebnis zeigt eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in der Stadt, die durch die StVV nicht mehr hinreichend repräsentiert werden. Diese Bürgermeisterwahl ist ein Vorbote für die Kommunalwahlen 2008.

Zur Rolle der Medien

Die guten Ergebnisse für das Bündnis wurden **trotz** Blitz, Eberswalde-tv und MOZ erreicht. Die besonderen Sympathien bzw. Antipathien der Medien gegenüber bestimmten Kandidaten, waren unverkennbar. Man muß nicht die Häufigkeit der Erwähnungen und die Fotos zählen, um die Förderung des CDU-Kandidaten durch die MOZ zu erkennen.

»Fairneß sollte für alle gelten«, titelte der »Blitz«. Der Leitartikler meinte, diese Erwartung ausgerechnet an die Adresse des »Bündnisses« und seinen Kandidaten richten zu müssen. Dabei fehlte die angemahnte Fairneß gerade dem Blitz und dem angeschlossenen Eberswalde-tv. Während über den Bündnis-Kandidaten Unwahrheiten verbreitet wurden, zeigte das SPD-lastige Eberswalde-tv noch am Wahlsonntag die Wahlkämpfer für den Kandidaten Engel, Platzeck und Stolpe, im Wahleinsatz. Bis auf die kostenpflichtigen Annoncen fand Hartwin Schulz keine Erwähnung im Blitz.

Ein Neuanfang in Eberswalde?

Der Antrag auf Abwahl des Bürgermeister Reinhard Schulz war nur mit dessen längerem Ausfall infolge eines Gerichtsurteils und eingele-

gter Revision begründet worden. Bis dahin gab es keine grundsätzliche Kritik an seiner Arbeit. Trotzdem sprachen alle Kandidaten vom notwendigen Neuanfang. Die plötzliche Erkenntnis kam erst, nachdem der Spendenskandal aufgedeckt und die bis dahin fragliche Abwahl des Bürgermeisters tatsächlich erfolgt war. Eine Auseinandersetzung mit dem System Reinhard Schulz hat es noch nicht gegeben. Einige Schlußfolgerungen wurden nur für die innere Ordnung der Verwaltung beschlossen. Die Frage nach den Ursachen und Rahmenbedingungen des Spendenskandals ist bisher nicht beantwortet worden, disziplinarische Konsequenzen und materielle Verantwortlichkeit lassen weiter auf sich warten.

Welchen Stellenwert messen die Bürgermeisterkandidaten dem Thema Spenden und Vorteilsnahme überhaupt bei? Lassen sie erkennen, daß es mit Ihnen keinen Wiederholungsfall geben kann?

Kandidat Bockhardt wirbt in seinem Prospekt damit, daß er die Minister und Fördermittelgeber kennt und daß sich dies positiv für Eberswalde auswirken werde. Im Großen wirbt er also mit dem Vitamin B – und rollt damit schon den nächsten Filzteppich aus. Und im Kleinen läßt er (wie auch Kandidat Boginski) seine Kandidatenpost schon mal durch seine dienstliche Sekretärin erledigen. Wo bleiben da das notwendige Finderspitzengefühl und die saubere Trennung von privaten und dienstlichen Angelegenheiten?

Sticht die Stichwahl?

Das Wahlergebnis erfordert eine Stichwahl. Ist das Quorum von 5.330 Stimmen (Mindeststimmenzahl für den Wahlsieger) in der Stichwahl erreichbar? Schon wird als Gespenst an die Wand gemalt, daß die Stadtverordnetenversammlung den Bürgermeister wählt, und es wird an die Wahlunterlagen appelliert, ihre Wähler an die Stichwahlurne zu bringen. Die Verantwortung, die man ihnen zuschieben will, tragen aber diejenigen, die die Politikverdrossenheit verursacht haben. Den meisten Bürgern ist es längst egal, wer Bürgermeister wird und wie seine Wahl erfolgt. Eine Wahrheit, die kaum jemand wahrhaben will. Es ist tatsächlich ein Armutszeugnis für die Stadt, wenn die Leute nicht einmal ihren Bürgermeister wählen wollen – ein Armutszeugnis für die Demokratie in Eberswalde, aber das Zeugnis ist gerecht!

Ein neuer Bürgermeister kann einen Prozeß der Demokratisierung wesentlich befördern, aber er kann es nicht allein. Es ist auch nicht nur eine Frage des Politikstils, sondern vor allem eine Frage der Politikinhalt, ob sich Bürger gut vertreten fühlen. Die beiden verbliebenen Kandidaten lassen da nicht gerade Hoffnungen keimen.

Von Mai 1842 an studierte Hermann Kannegießer an der Berliner Universität Geschichte und altdeutsche Dichtkunst. Danach war er Privatlehrer und wird als Literat bezeichnet. In den beginnenden revolutionären Auseinandersetzungen der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts stand er bald auf Seiten der kämpfenden Arbeiter. Nach der Berliner Märzrevolution von 1848 war er verantwortlicher Herausgeber und Redakteur der Zeitung »Die Volks-Stimme« des Berliner Volksvereins. In seinen Artikeln nahm Kannegießer zu den Auseinandersetzungen der Zeit Stellung, zum Beispiel über den Handel und Gewerbefleiß, »Die Revolution zu Paris«, »Die Revolution zu Wien«, »Brief aus Breslau«, »Beschwerden der Landgemeinde zu Groß Schönebeck« u. a. m.

So in der Volks-Stimme Nr. 18 des Jahres 1848, vom Donnerstag, 18. Mai: »Über die Situation in Landgemeinden: Die Landgemeinden und die kleinen Städte sind zwar großen theils gegen die Revolution eingenommen und auf die Berliner erbittert, allein ein anderer Theil ist ebenso freisinnig wie Berlin selbst. Als durchgehende Regel kann man annehmen, daß die Ortschaften, wo Adel und Beamte hausen, unfreisinnig und königlich, die, welche frei waren oder zu großen Domänen gehörten, freisinnig und Berlinisch gesonnen sind. So wird z. B. in Templin, einem Sammelplatz des Uckermärkischen Adels, denen, die einen Hut mit deutscher Kokarde tragen, der Hut abgerissen und in den Rinnstein getreten; so darf sich in Gransee an der mecklenburgischen Grenze niemand als Freund der neuen Ordnung zeigen, während in Zehdenick, der Nachbarstadt, bei der eine Tribüne errichtet ist und auf der Dr. med. Samuelson, Volksversammlungen veranstaltet, worin er die Einwohner unter großem Beifall über die neuen Verhältnisse belehrt . . . Ebenso sind die Stadt Liebenwalde und die Dörfer jener Gegend gesonnen, wie Groß Schönebeck, Hammer, Liebenthal, Klandorf, Zerpenschleuse, Marienwerder u. a. m. Nur 1 Jahr, so wird man die Mark trotz aller hemmenden Einflüsse nicht mehr für so unfreisinnig ausschreien, wie bis jetzt geschehen ist.«

Die Forderungen und Beschwerden der Landgemeinde zu Groß Schönebeck entstanden sicher ebenfalls unter dem Einfluß Hermann Kannegießers. Die Forderungen sind in einer Bittschrift vom 30. April 1848 u. a. auch von einem Kannegießer, wahrscheinlich seinem Vater, unterzeichnet worden. Hier ein Auszug: »Viertens. In der hiesigen königlichen Forst und den angrenzenden Forsten ist, wie allgemein bekannt ist, der größte Wildbestand in Deutschland. Dieser ist unser Unglück. Das Wild ruiniert unsere Saaten, vernichtet oft die Ernte der Sommerung ganz und gar... Hier ist eine Abhilfe unumgänglich notwendig, und wir erlauben uns folgende Vorschläge ganz gehorsamst: a) entweder die Forst, wie früher der Fall gewesen ist, mit einem neun Fuß hohen Zaun zu umgeben, oder b) den Wildbestand zur Unschädlichkeit einzuschränken oder c) uns zu erlauben, das auf unsere Felder heraustretende Wild niederzuschießen, wogegen wir uns verpflichten wollen, das geschossene Wild an die Oberförster abzuliefern ...«

Vor 185 Jahren geboren: Hermann Kannegießer

Selbstbewußt und kampfesmutig

Ein Groß Schönebecker im »Bund der Kommunisten«

In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden in Berlin die ersten Arbeiterorganisationen. Dazu gehörten insbesondere die Arbeiterverbrüderungen mit ihren Führern Friedrich Ludwig Bisky und Stephan Born sowie die von August Haetzel organisierten Gemeinden des Bundes der Kommunisten. Eine dieser Gemeinden wurden von dem Groß Schönebecker Carl Friedrich Hermann Kannegießer geleitet, der vor 185 Jahren, am 22. Oktober 1821 in Berlin das Licht der Welt erblickte.

Durch seine Tätigkeit im Volksverein und in deren Zeitung hatte Hermann Kannegießer Kontakte mit dem »Provisorischen Zentralvorstand des Gutenbergbundes«. Der Bund nahm Anlauf, aus einer Organisation von Berliner Buchdruckereigesellen eine nationale Organisation der Buchdrucker zu entwickeln. Kannegießer gehörte zu einem dreiköpfigen Gremium, das aus Deputierten der Berliner Buchdruckergesellen gewählt war. Nachdem Stephan Born im September 1848 als Präsidiumsmitglied Zentralkomitees der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung nach Leipzig ging, war es Hermann Kannegießer, der nach dem verlorenen Berliner Buchdruckerstreik vom August als Prediger von Selbstbewußtsein und als Wiederbeleber von Kampfesmut auftrat. Als Mitglied des Gutenbergbundes war er Festredner für fünf am 7. Mai 1849 aus der Haft entlassenen Führer des Buchdruckerstreiks. Trotz Belagerungszustand waren die fünf von einer großen Demonstration der Buchdruckergesellen begrüßt worden.

Anfang Juli 1849 gehörte Hermann Kannegießer zu den Organisatoren einer der ersten Solidaritätsaktionen der entstehenden Arbeiterbewegung. Stephan Born, im April 1849 von der Arbeiterverbrüderung nach Dresden entsandt, mußte nach dem Dresdner Maiaufstand fliehen und kam nach anderthalb Monaten krank und völlig mittellos im französischen Straßburg an. Die Solidarität seiner Buchdruckerkollegen verschaffte Stephan Born die bitter nötige Unterstützung von 22 Talern. Die Sammelliste wurde im Februar 1850 von der Berliner Polizei bei Kannegießer konfisziert.

Am 30. September 1849 wurde in Berlin der »Konstituierende Kongreß sämtlicher Buchdrucker« eröffnet. Hermann Kannegießer gehörte zu den Organisatoren und Einberufern des Kongresses. Mit dem Buchdrucker Karl Fröhlich wurde er von den Delegierten beauftragt, den Zentralvorstand des Verbandes der Buchdrucker zu bilden und das Statut des »Gutenbergbundes« auszuarbeiten. Nach drei Tagen löste die Polizei den Kongreß auf.

Seit wann Hermann Kannegießer Verbindungen zum »Bund der Kommunisten« hatte, geht aus den vorliegenden Quellen nicht hervor. Möglich ist, daß Kannegießer seit 1846 in Berlin mit dem Schriftsetzer Stephan Born in Kontakt war. Der gehörte damals bereits dem »Bund der Gerechten« an, aus dem ein Jahr später unter dem Einfluß von Marx und Engels der »Bund der Kommunisten« entstand. Mit die-

sen kam Born, der im Herbst 1846 auf Wanderschaft gegangen war, 1847/48 in Brüssel und Paris in engen Kontakt. Nachdem Born Ende März/Anfang April 1848 als Emissär des »Bundes der Kommunisten« nach Berlin zurückkehrte, gehörte Hermann Kannegießer jedenfalls zu seinen engsten Kampfgefährten, wovon auch die erwähnte Solidaritätsaktion für Born zeugt.

Beim »Bundes der Kommunisten« war Hermann Kannegießer Vorsteher einer der Berliner Bundesgemeinden. Eng arbeitete er mit dem Leiter des Berliner »Bundes der Kommunisten«, dem Schuster August Haetzel, zusammen. Gegen Haetzel wurde nach der Revolution Anklage erhoben, die in der Spanerschen Zeitung vom 15. August 1850 veröffentlicht wurde. In den Aussagen Haetzels wird auch Kannegießer genannt. Die Anklageschrift wirft Haetzel vor: »Der Zweck des Bundes ist die Einführung einer einzigen unteilbaren, sozialdemokratischen Republik... Haetzel hat endlich auch eingestanden, zehn oder 12 Exemplare des Manifestes der Kommunistischen Partei, welche er aus Leipzig erhalten haben will, hier verteilt zu haben.« Eines davon an Hermann Kannegießer.

Im diesem Zusammenhang wird am 2. Februar 1850 auch Hermann Kannegießer verhaftet. Erst nach 22 Wochen Untersuchungshaft wird er im Juli 1850 wieder freigelassen. Die ständigen Schikanen der Polizei zwangen Kannegießer und Fröhlich, den »Gutenbergbund« aufzulösen. Am 1. April 1852 legten sie den Vorsitz nieder und arbeiteten fortan in der »Kranken-, Sterbe- und Invalidenkasse der assoziierten Buchdrucker« weiter. Als Kassenorgan erschienen in der Folge elf »Mitteilungen für Buchdrucker und Schriftgießer«. Redakteur war Hermann Kannegießer. Die polizeilichen Bespitzelungen und die ständigen Verfolgungen gingen indes weiter. Haussuchungen waren ein beliebtes Mittel zur Schikane von fortschrittlichen Demokraten. Anfang 1853 wurde Kannegießers ganze Korrespondenz beschlagnahmt. Die ständigen Verfolgungen gingen an ihm nicht spurlos vorüber. Er verließ Berlin und ging nach Groß Schönebeck zu seinem Vater. Am 31. Mai 1853 starb der an Tbc erkrankte Hermann Kannegießer 31jährig in Groß Schönebeck.

G.M.

Quellen:

Rudolf Bügel, Chronik-Blätter zur Geschichte der Stadt und des Kreises Bernau, Bernau, 1990
Kurt Wernicke, Hermann Kannegießer. An der Wiege der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 35 (1987)

Westend Gospel Singers in Amerika

Am vergangenen Freitag kehrten die Westend Gospel Singers mit vielen wertvollen Erfahrungen beladen von ihrer Chorfahrt durch Wisconsin USA nach Eberswalde zurück. Lange wird es dauern, bis wir so richtig erfassen und einordnen können, was uns in diesen 14 Tagen in der anderen Welt geschehen ist. Dabei weckten die ersten Erfahrungen in Wisconsin und Minnesota durchaus auch viele heimatische Gefühle, denn die Landschaft dort, ist wie unsere durch Eiszeiten geprägt, mit vielen Wäldern und Seen und Hügeln und Feldern, die Menschen haben in der Mehrheit deutschstämmige oder schweizerische Vorfahren. Dennoch waren wir in der neuen Welt. Es traten uns nicht nur die Schaufenster in den Einkaufs-Malls schrill bunt entgegen, auch Menschen begegneten uns in allen Hautfarben. Darin unterschieden sich wenigstens die beiden Großstädte Saint Paul/Minneapolis und Milwaukee von unserer Heimat. Wer wie wir aus der Nähe von Biesenthal kommt, den zieht es natürlich in Milwaukee zum Stammsitz der Harley-Davidson Motor Compagny um dort auf den heißen Stühlen Platz zu nehmen. Auch dazu hatten wir Gelegenheit. Selbst auf eine Begegnung mit den Ho-Chunk Indianern mußten wir nicht verzichten.

Eigentlich waren wir aber zum Singen gekommen und auch dazu waren wir ja von unserer Partnerkirche, der »United church of Christ« in Wisconsin auf diese Tour eingeladen worden. In 18 Monaten Organisationsarbeit stellte Pfarrer Fritz West aus Fountain City das Reiseprogramm zusammen. Sieben Konzerte und drei Gottesdienste standen auf dem Programm, in denen wir oft gemeinsam mit den heimi-

schen Kirchenchören auf der Bühne standen vor jeweils 100 bis 300 Gästen. Zum Höhepunkt wurde der gemeinsame Auftritt mit den Twin Cities Community Gospel Choir nach einem gemeinsamen Workshop mit deren höchst professionellen Chorleiter Robert Robinson in Saint Paul, einem echten afro-amerikanischen Gospel-Original. Oder der Auftritt in der schwarzen Gemeinde in der Gnaden-Kirche in Milwaukee. Und dann war da noch das letzte Konzert in der weißen Gemeinde von Waukesha mit der wir gemeinsam die Gospelmusik begeistert feierten und die Konzertreihe enthusiastisch abschlossen. »Lange hatte wir schon nicht mehr so viel Freude und Bewegung bei einem Konzert«, und »A very good Job« waren die Kommentare an diesem Abend.

Auch Workshops mit afrikanischen Trommeln und Tanzen, oder in der »Weltmusik« des von Casta-Ricanern abstammenden Amerikaners Abe Careres mit Latino-Feeling und einer die ganze Welt umspannenden musikalischen Friedensbotschaft gaben viele Anregungen. Viele Freunde haben wir kennen gelernt und wohl noch hunderte Briefe und E-Mails werden in der kommenden Zeit den großen Teich passieren. All das sind Anzeichen dafür, daß das Wisconsin-Fieber unter den Chorsängerinnen und Chorsängern der Westend-Gospel-Singers längst noch nicht zur Ruhe kommt. Am Montag, den 20. November um 19 Uhr laden wir zu einem öffentlichen Amerika-Rückblick in das Gemeindehaus Kirchstr. 6 an der Maria-Magdalenen-Kirche ein. Da gibt es dann mehr Berichte, Fotos und Filmdokumente von unserer großen Reise.

HANNS-PETER GIERING

Hubertusmesse in Parstein

Der Tradition der Heiligenverehrung folgend wird am 3. November dem Heiligen Hubertus gedacht, dem Schutzpatron der Jäger. Aus diesem Anlaß gestaltete die Jagdhornbläsergruppe Ost-Uckermark mit ihrer Musik den evangelischen Gottesdienst am 5. November in der Parsteiner Kirche mit.

Über die Herkunft des Hl. Hubertus und seine Jugend gibt es unterschiedliche Berichte. Sicher ist, daß Hubertus Bischof von Tongern-Maastricht war. 722 verlegte er den Bischofsitz von dort nach Lüttich. Er starb am 30. Mai 727 in Tervuren/Brüssel. Am 3. November 743 wurde er heiliggesprochen. An diesem Tag wird er seitdem gefeiert.

Es gibt unterschiedliche Legenden über den ersten Teil seines Lebens. Danach soll er aquitanischer Adliger gewesen sein und somit ein Vorfahre der französischen Könige. Angeblich war er verheiratet und soll aus dieser Ehe einen Sohn gehabt haben. Wohl am bekanntesten ist die Legende von seiner Bekehrung, als er bei einem seiner Jagdausflüge in den Ardennen einem kapitalen Hirsch nachstellte:

Als er den Hirsch nach langer Pirsch endlich stellte, war Hubertus sehr verwundert, als dieser ohne Regung vor ihm stehen blieb. Schon wollte er zum Bogenschuß ansetzen, da erblickte er plötzlich zwischen den Geweihstangen des Hirsches ein leuchtendes Kreuz. Gleichzeitig vernahm er eine geheimnisvolle Stimme, die ihn ermahnte, neben den weltlichen Vergnügungen das ewige Leben nicht zu vergessen.

Die Begebenheit mit dem Hirsch bewirkte bei Hubertus, daß er sein Leben von nun an ganz Gott weihte. Er verzichtete auf all seine Ämter, entsagte vollständig allem weltlichen Reichtum und verschenkte sein Vermögen an die Armen. Er zog sich in die Einsamkeit der Ardennen zurück und lebte dort eine als Einsiedler, bis er sich zum damaligen Bischof von Maastricht, dem heiligen Lambertus, begab und von diesem zum Priester ausgebildet und auch geweiht wurde. Nachdem St. Lambertus ermordet worden war, wurde St. Hubertus sein Nachfolger als Bischof von Maastricht.

THOMAS BERG

Gedicht zum Volkstrauertag

An einen
in einem künftigen Kriege Gefallenen
Wir haben kein Mitleid mit Dir.
Du hast Deine Nächsten zu Mördern gemacht.
Sie sind die Opfer der Möglichkeit, die Du ihnen liebst. Wir sprechen Dich schuldig getötet worden zu sein. Denn das ist ebenso schuldhaft wie Töten.
Wir haben kein Mitleid mit Dir.
Aber wir weinen.

JÜRGEN BECKELMANN

Beckelmann, geb. 1933. Das Gedicht entstand um 1957. Er sagte:

Ich erinnere mich aber ... wie gehemmt ich war zu schreiben: »Wir haben kein Mitleid mit Dir.« Mitleid zu versagen erschien mir ungeheuerlich. Ich schrieb's probeweise, mit dem Untergedanken: Kannst-es-ja-morgen-wieder-streichen. Und ließ den Satz stehen. Setzte jedoch, gleichsam als Entschuldigung, darunter: »Aber wir weinen.« Ich wollte nicht fühllos erscheinen. Später, bei gelegentlichem Vortrag des Gedichts, ließ ich die letzte Zeile weg. Sie erschien mir sentimental.

Ist sie es? Daran zweifle ich noch immer. Derzeit neige ich allerdings der Meinung zu, daß das Gedicht ohne die letzte Zeile besser sei; also klipp und klar: »Wir haben kein Mitleid mit Dir.« Es bedarf unsentimentaler Entschlossenheit, der Brutalität – deren Gipfel nur der Krieg ist, die aber in allen Formen der Unterdrückung zutage tritt – zu begegnen. Härte ist vonnöten. Und im schlimmsten Fall auch: Gewalt.

Tränen taugen nichts. Schon gar nicht, wenn man sie lyrisch vergießt ... bemerke ich - mehr als zehn Jahre älter geworden – so etwas wie »Radikalisierung«. Wo liegt der Grund?

Herausgesucht von HARTMUT LINDNER

Malen für Anfänger

»Malen und Zeichnen kann jeder, der ein wenig Talent besitzt. Mit den Augen sehen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Malerei«, erklärte Ruth Fabig. Von Fabigs Arbeiten zeigte sich auch Dr. Dagmar Enkelmann (MdB, DIE LINKE.) sehr beeindruckt, »absolvierte« sie doch in der zweiten Ausstellung einen kleinen Kurs zu den verschiedensten Techniken der Aquarellmalerei sehr zur Freude anwesender Gäste. Nachdem die erfolgreiche Malerin aus Schönwalde bereits zwei Ausstellungen im Bürgerzentrum der Linkspartei.PDS gestaltete, möchte sie Interessierten zukünftigen Malerinnen und Malern im Rahmen von Schnupperkursen die Möglichkeit geben, den Blick zu schärfen aber auch die Grundlagen der Aquarellmalerei zu erlernen. Der erste der wöchentlich am Montag stattfindenden Kurse beginnt am 13. November in der Zeit von 15 bis 17 Uhr in den Räumen des Bürgerzentrums der Linkspartei.PDS Bernau, Berliner Straße 17. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich anmelden unter 033056-81942 (Ruth Fabig) oder 03338-459543 (Bürgerzentrum).

BÄRBEL MIERAU

Bahnhofsbrücke Eberswalde

»Abgestrampelt« für Zerstörung eines Baudenkmals

Eberswalde (bbp). Nach zweijähriger Bauzeit ist die neue Brücke am Eberswalder Bahnhof Anfang Oktober dem Verkehr übergeben worden. Obwohl vierspurig befahrbar führt die unintelligente Verkehrsführung dazu, daß die Staus seither wieder häufiger geworden sind. Der Ärger darüber übertönt derzeit die Kritik an dem schmucklosen technischen Zweckbau. Daß die alte Bahnhofsbrücke, die auf eine hundertjährige Geschichte zurückblicken konnte, für den Brückenneubau abgerissen wurde, sahen viele Eberswalder mit großem Bedauern. Sie konnten nicht begreifen, wieso dieses ge-

schichtsträchtige und stadtbildprägende Baudenkmal so einfach zerstört werden konnte. Nicht einmal die Verlagerung eines Brückens Bogens in den Familienpark kam den Verantwortlichen in den Sinn. Manche Kommentare sprachen in diesem Zusammenhang gar von kultureller Barbarei. Wie es zu dieser Entscheidung kam, darüber informierte jetzt Vizelandrat Carsten Bockhardt in einem seiner zur Bürgermeisterwahl gestreuten Flyer. Voller Stolz wird darin berichtet, wie er sich »abgestrampelt hat« für die »Verhinderung der Anerkennung der maroden Brücke als Baudenkmal«.

BI Müllverbrennungsanlage

Eberswalde (kdI). Am Mittwoch dem 15. November treffen sich die Interessenten an einer Bürgerinitiative zur geplanten Abfallverbrennungsanlage um 18 Uhr im Evangelischen Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde. Dazu sind alle interessierten Bürger herzlich eingeladen. Vorgesehen ist, die Bürgerinitiative offiziell ins Leben zu rufen und das weitere Vorgehen zu besprechen. Die Absicht zur Gründung einer BI war von den Teilnehmern der Infoveranstaltung am 16. Oktober bekundet worden. Karl-Dietrich Laffin, Kreissprecher von Bündnis 90/Die Grünen, hatte die Aufgabe übernommen, die Interessenten zu einer Gründungsversammlung einzuladen.

Der außergewöhnlichste Baum

Der Verein ALNUS e.V. (Arbeitsgemeinschaft für Landschaftspflege, Naturschutz, Umweltbildung und Stadtökologie) schreibt den zweiten Kreativwettbewerb »Der außergewöhnlichste Baum der Stadt Eberswalde« aus. Gefragt sind schöne, beklemmende, interessante, traurige oder verträumte Motive eines Eberswalder Baumes. Unterstützt wird der ALNUS e.V. u. a. durch Geld und Sachpreise von der Adler Apotheke, dem Altstadtcafe, der Buchhandlung Mahler, von Vivatas, Globus, Mita und dem Büro Landschaft & Eingriff Ortrud Taeger. Insgesamt winken beim 2. ALNUS-Kreativwettbewerb attraktive Preise im Gesamtwert von 500 Euro. Hiermit sind alle Bürgerinnen, Bürger und Sympathisanten der

Stadt Eberswalde zur kreativen Auseinandersetzung mit den Bäumen der Stadt aufgefordert. Es steht den Teilnehmern frei wie sie diesen darstellen. Entweder in Form eines Bildes, einer Fotografie oder eines Textes (z.B. Gedicht). Um an der Preisausschreibung teilzunehmen senden Sie bitte ihr Kunstwerk unter Angabe von Name, Anschrift, Telefonnummer/Mailadresse und Alter sowie dem Titel des Kunstwerkes mit einer kurzen Lagebeschreibung des Baumes an: ALNUS e. V. c/o Fachhochschule Eberswalde, Friedrich-Ebert-Straße 28, 16225 Eberswalde. Einsendeschluß ist der 30. November 2006. Die Preisverleihung findet voraussichtlich im Dezember statt.

NADINE PEINELT (ALNUS e.V.)

Jugendliche gesucht!

Eberswalde (mh). Das Kinder- und Jugendparlament der Stadt Eberswalde (KJP) soll neu gewählt werden. Gesucht sind Kandidaten, die sich für die Belange der Jugend unserer Stadt einsetzen möchten. Wir brauchen die Kreativität, die Unbefangenheit und die Inspiration junger Menschen. Nutzt die Chance euch zu engagieren, mitzureden und einzumischen. Vertretet die Interessen von euch selbst und anderen gegenüber der Politik. In einzelnen Projekten versuchen wir etwas für die Kinder und Jugendlichen der Stadt zu erreichen. Stellt euch als Kandidaten zur Verfügung und macht Politik von Jugendlichen für Jugendliche. Seit ihr zwischen 12 und 26 Jahren? Habt ihr Fragen oder gar Interesse? Dann meldet euch bei: Edmund Lenke, Stadtjugendpfleger (64 407 oder e.lenke@eberswalde.de) oder bei Martin Hoeck (Student, 0162/7166198 oder karatemartin@aol.com).

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Markmann (2), Triller (4)
druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351
redaktionschluß: 4. November 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.12.2006, 12 Uhr.